

2 Forschungsstand

Im Folgenden wird zunächst ein zusammenfassender empirischer Überblick zu Armut und Armutsdynamiken von Alleinerziehenden gegeben (2.1.1) und darauf aufbauend auf spezifische Armutsrisiken von Alleinerziehenden sowohl aus empirischer wie theoretischer Sicht eingegangen (2.1.2). Anschließend werden in Abschnitt 2.1.3 vorliegende Ergebnisse zur Interdependenz von Partnerwahl, Erwerbsverhalten und Armut von Alleinerziehenden vorgestellt. In den darauffolgenden Abschnitten steht die Partnerwahl von Alleinerziehenden (2.2.1) mit ihren zentralen Einflussfaktoren (2.2.2) im Blickpunkt. Anschließend wird der empirische Forschungsstand zum Erwerbsverhalten von Alleinerziehenden in Kürze wiedergegeben. Dabei geht es um das grundsätzliche Arbeitsangebot (2.3.1), die Dynamik des Arbeitsangebots im Verlauf des Alleinerziehens (2.3.2) und ausgewählte Einflussfaktoren auf das Arbeitsangebot (2.3.3).

2.1 Armut und Armutsrisiken von Alleinerziehenden

Alleinerziehende sind nicht erst seit kurzem die am häufigsten und stärksten von Armut betroffene Familien- bzw. Haushaltsform. Der langjährige Vergleich zeigt die hohe Betroffenheit sowie die zunehmende Tendenz. So waren laut 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Jahr 2005 ein Viertel aller Alleinerziehenden in Deutschland von Einkommensarmut betroffen (BMAS 2008, Datenquelle: EU-SILC). Eine Fortschreibung bis zum Jahr 2008 zeigt einen Anstieg auf rund 38 Prozent (Jaehrling et al. 2011). Mit Daten des Mikrozensus waren Alleinerziehende 2011 laut Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik ebenfalls der am stärksten armutsgefährdete Haushaltstyp⁸ in Deutschland, mit einer Armutsgefährdungsquote von rund 42 Prozent. Zudem zeigen

8 Alleinerziehende im Rahmen der amtlichen Statistik sind Haushalte, die aus einer erwachsenen Person mit mindestens einem Kind bestehen (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013).

auch die Ergebnisse des Mikrozensus einen Anstieg der Armutsgefährdung, ausgehend von 39 Prozent im Jahr 2005. Die hohe Armutsgefährdung von Alleinerziehenden gilt also unabhängig davon, welche Datenquelle, konkrete Definition und Messmethode herangezogen wird – Unterschiede bestehen lediglich im Niveau.⁹

2.1.1 Armut und Armutsdynamik

Eigene Analysen auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das auch für die nachfolgenden empirischen Analysen zur Partnerwahl und zum Arbeitsangebot von Alleinerziehenden Anwendung findet, zeigen ebenfalls einen Anstieg der Armutsgefährdung von Alleinerziehenden im zeitlichen Verlauf (vgl. Abbildung 1).¹⁰ So war in der ersten Hälfte der neunziger Jahre rund ein Viertel der Alleinerziehenden in Deutschland armutsgefährdet. Die Armutsquote ist dann bis zum Ende des Jahrzehnts zunächst leicht zurückgegangen auf 21 Prozent, um dann aber erneut deutlich auf 25 Prozent im Jahr 2010 anzusteigen. Damit ist die Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden aktuell rund doppelt so hoch wie von Paaren mit Kindern sowie von der Bevölkerung insgesamt. Während die Armutsgefährdungsquote von Paarfamilien seit 1990 – abgesehen von leichten Schwankungen – relativ konstant bei rund 12 Prozent liegt und seit 2002 sogar geringer ist als die Quote der Bevölkerung insgesamt, hat sich das Ausmaß der Armutsgefährdung von Alleinerziehenden im gleichen Zeitraum deutlich erhöht. Des Weiteren ist zu beachten, dass die genannten Armutsgefährdungsquoten auf Monatseinkommen basieren, werden Jahreseinkommen zugrunde gelegt, ist das Niveau der Armutsgefährdung höher (vgl. BMAS 2008; Grabka et al. 2012).

Nicht nur dieser komprimierte Blick auf die Gefährdung durch Einkommensarmut im zeitlichen Verlauf zeigt die schwierige finanzielle Situation von Alleinerziehenden. Die hohe Quote und die große Zahl der Alleinerziehenden, die auf soziale Transferleistungen – als eine häufig herangezogene alternative (sozialpolitische) Armutsdefinition und Messmethode (vgl. Hauser 2008b) – angewiesen ist, verdeutlichen gleichermaßen die problematische Einkommensla-

9 Für einen kritischen Vergleich der zitierten Datenquellen vgl. Hauser (2007).

10 Zur Messung und Operationalisierung von Armut vgl. Abschnitt 5.2.1.

ge. So haben Alleinerziehende, ebenfalls seit Jahren relativ unverändert, die höchste Arbeitslosengeld-II-Quote (Grundsicherung für Arbeitssuchende, im Folgenden: ALG II) bzw. vor Einführung die höchste Sozialhilfequote:¹¹ Rund 40 Prozent der Alleinerziehenden und ihre Kinder beziehen ALG II, das entspricht rund 630 000 Bedarfsgemeinschaften (Bundesagentur für Arbeit 2011). Auch die Sozialhilfequote von Alleinerziehenden bis zur Reform des SGB II war überdurchschnittlich hoch. Zum Jahresende 2003 bezogen rund 26 Prozent der alleinerziehenden Frauen Sozialhilfe als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, im Durchschnitt der Bevölkerung waren es 3 Prozent (BMGS 2005: 62). Des Weiteren haben Alleinerziehende auch bei anderen Sozialtransfers wie dem Wohngeld die höchsten Empfängerquoten.¹² So beziehen in Abhängigkeit von der Kinderzahl zwischen 11 und 16 Prozent der Alleinerziehenden Wohngeld (BMFSFJ 2008c: 36). Zusätzlich ist beim Bezug von Sozialleistungen von einer hohen Dunkelziffer – also Nichtbezug trotz Anspruch darauf – auszugehen. So belegen Schätzungen, dass auf jede Alleinerziehende mit ALG-II-Bezug eine weitere Alleinerziehende kommt, die ihren Anspruch auf ALG II nicht wahrnimmt (Becker 2007). Bei der früheren Sozialhilfe war dies anders. Hier war die Nichtinanspruchnahme von Alleinerziehenden vernachlässigbar (vgl. Becker/Hauser 2005).

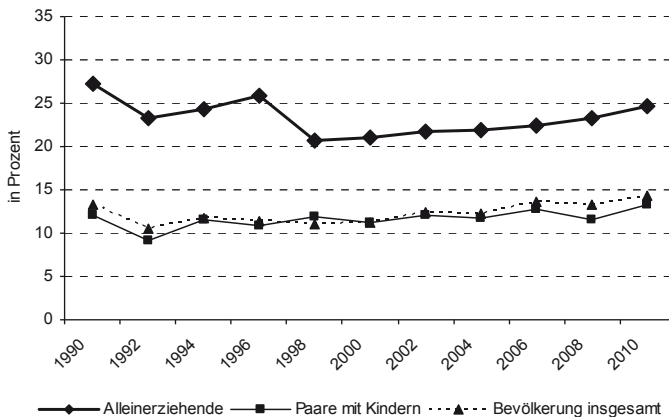
Die Armutsrisikoquote und der Bezug von sozialen Transfers beschreiben die Einkommenslage von Alleinerziehenden im Querschnitt. Wichtig für die längerfristige Wohlstandssituation von Alleinerziehenden sind darüber hinaus ihre Chancen, Armut zu beenden, sowie die Dauer der Armutslage. Dabei ist die Einkommenssituation von Alleinerziehenden von größeren und häufigeren Schwankungen als im Bevölkerungsdurchschnitt gekennzeichnet und die Armutslage häufiger längerfristig (vgl. Becker/Hauser 2004; FamilienForschung Baden-Württemberg/Ministerium für Arbeit und Sozialordnung 2012; Schneider 2003). Ein Armutsausstieg von einem Jahr zum nächsten gelingt durchschnittlich

11 Die Grundsicherung für Arbeitssuchende, das Arbeitslosengeld II (im allgemeinen Sprachgebrauch „Hartz IV“), im Rahmen des SGB II löste mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ zum 1. Januar 2005 die beiden parallelen Systeme der Sozial- und Arbeitslosenhilfe ab. Anspruchsberechtigt ist jede erwerbsfähige Person und die mit ihr in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen (Partner, Kinder), die über kein ausreichendes Einkommen verfügen.

12 Zu den Wohngeldbeziehern zählen keine SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Diese erhalten kein Wohngeld, sondern „angemessene Unterkunftskosten im Rahmen der jeweiligen Transferleistung (SGB II und SGB XII)“ (BMAS 2008: 119).

rund 40 Prozent der Alleinerziehenden, umgekehrt rutschen etwa 25 Prozent in Armut ab (Jaehrling et al. 2011: 155). Dies sind im Vergleich zu Müttern in Paarhaushalten weniger Abgänge aus und mehr Einstiege in Armut, was insgesamt für eine relativ hohe Persistenz der Armutsgefährdung von Alleinerziehenden spricht. Entsprechend ist die Gefahr der Langzeitarmut für Alleinerziehende rund viermal höher als für Paarfamilien (BMFSFJ 2010b). Auch aus der Perspektive der Kinder von Alleinerziehenden zeigt sich, dass diese überdurchschnittlich häufig von dauerhafter oder wiederholter Armut betroffen sind (Fertig/Tamm 2007). Ebenfalls verbleiben Alleinerziehende länger im SGB-II-Bezug als Mütter in Paarhaushalten und alle anderen Bedarfsgemeinschaften (Lietzmann 2009; 2011): Innerhalb eines Jahres können rund 30 Prozent den Bezug beenden (Mütter in Paarhaushalten 50 %) und innerhalb von zweieinhalb Jahren 51 Prozent (Mütter in Paarhaushalten 65 %). Entsprechend steigt in den ersten sechs Monaten die Chance für ein Ende des Bezugs, um dann kontinuierlich zu sinken, bis nach ca. zwei Jahren die Ausstiegswahrscheinlichkeit äußert gering ist und eine Verfestigung des Leistungsbezugs wahrscheinlich wird. Auch in der früheren Sozialhilfe hatten Alleinerziehende bzw. die Kinder von Alleinerziehenden längere Bezugsdauern als andere Beziehergruppen (vgl. Andreß 2000; Buhr 2001).

Abbildung 1: Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und Paarfamilien



Quelle: SOEP (eigene Berechnungen), gewichtete Ergebnisse

Die problematische Einkommenssituation von Alleinerziehenden zeigt sich nicht nur mit Blick auf den Armutsbereich bzw. den Bezug von sozialen Transferleistungen. Darüber hinaus sind Alleinerziehende überproportional häufig im Niedrigeinkommensbereich vertreten (Andreß/Krüger 2006) und haben überdurchschnittlich oft Schulden (Mühling 2005) – wobei beides vielfach miteinander einhergeht (Ott/Strohmeier 2003). Entsprechend berichtet je nach Datenquelle ein Fünftel bis ein Viertel der Alleinerziehenden davon, mit dem monatlichen Einkommen nicht zurechtzukommen oder sich finanziell stark einschränken zu müssen, auf Mütter in Paarhaushalten trifft dies nur zu 5 bis 10 Prozent zu (BMFSFJ 2008a; Jaehrling et al. 2011). Umgekehrt berichtet nur ein gutes Viertel (28 %) der Alleinerziehenden davon, finanziell zufrieden zu sein oder sich keine Sorgen machen zu müssen, von den Müttern in Paarhaushalten sind dies zwei Drittel (BMFSFJ 2008a).

Wie zu erwarten ist auch die Spar- und Vermögensquote nur gering: Fast die Hälfte der Alleinerziehenden (45 %) verfügt weder über Ersparnisse noch über Wertpapiere, Bauland oder eine private Rente, im Vergleich trifft dies nur auf ein Zehntel der Mütter in Paarhaushalten zu (BMFSFJ 2008a). Dabei haben Alleinerziehende von allen Haushaltstypen die geringste Sparquote, müssen aber gleichzeitig einen höheren Anteil ihres Einkommens für Wohnen und Lebensmittel ausgeben als andere Lebensformen (Heigl 2006, vgl. auch Mühling 2005). Auch besitzen Alleinerziehende deutlich seltener Wohneigentum als andere (Familien-)Haushalte (BMGS 2005; Bundesagentur für Arbeit 2006). Dementsprechend kommt auch die finanzielle Absicherung häufig zu kurz (BMFSFJ 2008a): Nur 23 Prozent der alleinerziehenden Mütter verfügen über eine private Rentenversicherung, 17 Prozent über eine kapitalbildende Lebensversicherung, 3 Prozent über eine private Pflegeversicherung und 11 Prozent über eine Betriebsrente. Entsprechend zeigt auch ein Blick auf den oberen Einkommensbereich, dass Alleinerziehende so gut wie nie einkommensreich sind: Maximal 2 Prozent der Alleinerziehenden können als reich bezeichnet werden, im Bevölkerungsdurchschnitt 13 Prozent (vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung et al. 2007: 142f). Diese, aus den verschiedensten Blickwinkeln betrachtete, deutlich negativere Einkommenssituation von Alleinerziehenden, spiegelt sich auch in der subjektiven Bewertung der ökonomischen Lage wider. So ist ein Drittel der Alleinerziehenden unzufrieden mit ihrer Einkommenssituation, von den Müttern in Paarhaushalten ist dies nur ein Zehntel (BMAS 2011).

2.1.2 Risikoanalyse der Armutsgefährdung von Alleinerziehenden

Besondere Risikogruppen für Einkommensarmut sind nichterwerbstätige Alleinerziehende, Alleinerziehende mit geringer Bildung oder mit jüngeren bzw. mehreren Kindern. Sørensen (1994) führt die negative Einkommenssituation von Alleinerziehenden entsprechend auf drei Ursachen zurück: das grundsätzlich geringere Erwerbseinkommen und die geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen im Vergleich zu Männern, die mangelnde finanzielle Unterstützung des ehemaligen Partners und den gleichzeitig erhöhten Einkommensbedarf durch das Vorhandensein von Kindern. Analytisch lässt sich diese Ursachenanalyse anhand der klassische Typologie zu Armutsein- und -ausstiegen von Bane/Ellwood (1986) einordnen und auf diese Weise in die für diese Arbeit grundlegende Differenzierung in Haushalts- und Erwerbsdynamiken übersetzen.

Tabelle 1: Klassifikation von Armutseignissen

	Ereignis	Bedarfsstruktur	Haushaltseinkommen
Wechsel des Haushaltsvorstands	Scheidung/Trennung/Tod	sinkt	sinkt
	Heirat/Zusammenzug	steigt	steigt
Bedarfsänderung	Geburt eines Kindes	steigt	unverändert
	Einzug/Auszug eines Haushaltsmitgliedes	steigt/sinkt	steigt/sinkt
Einkommensereignis	Erwerbseinkommen sinkt/steigt	unverändert	sinkt/steigt
	Transfereinkommen sinkt/steigt	unverändert	sinkt/steigt
Konsumptives Ereignis	Ausgaben übersteigen Einnahmen oder umgekehrt	unverändert	unverändert

Quelle: eigene Darstellung nach Bane/Ellwood (1986)

Bane/Ellwood (1986) führen Armutsausstiege bzw. Armutseinstiege entweder auf einen Wechsel des Haushaltsvorstandes, auf eine Veränderung der Bedarfsstruktur, auf ein Einkommensereignis oder auf ein konsumptives Ereignis zurück

(vgl. Tabelle 1).¹³ Die ersten beiden Ursachen werden nachfolgend im Kontext der Partnerwahl von Alleinerziehenden analysiert, die Ursache Einkommensereignis über die Handlungsalternative Arbeitsmarkt. Die letztgenannte Armutsursache des konsumptiven Ereignisses sei an dieser Stelle lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt und wird nicht in die Analyse integriert. Prinzipiell bleiben bei einem konsumptiven Armutsereignis sowohl die Bedarfsstruktur, die Haushaltszusammensetzung als auch das Einkommen unverändert. Die Armutsursache liegt also nicht auf der Einnahmeseite, sondern auf der Ausgabenseite – dem konsumptiven Verhalten. Das heißt, das verfügbare Haushaltseinkommen wäre prinzipiell ausreichend, sinkt jedoch durch zu hohe Ausgaben bzw. Verschuldung unter die Armutsgrenze. Im Rahmen dieser Studie werden konsumptive Ereignisse nicht berücksichtigt, weil damit zum einen weitgehend unbeobachtbare Entscheidungsstrukturen innerhalb eines Haushalts einhergehen und zum anderen einer ressourcenspezifischen Armutsdefinition gefolgt wird, die sich an der Einnahmeseite orientiert und Ausgaben lediglich indirekt durch die economies of scale bzw. Äquivalenzgewichtung als Bedarfsunterschiede berücksichtigt (vgl. Hauser 1997).

2.1.2.1 Risikofaktor: Haushaltsdynamik und Einkommensbedarf

Die beiden von Bane/Ellwood (1986) erstgenannten Armutsursachen Wechsel des Haushaltsvorstandes und Bedarfsänderung werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit unter dem Begriff der Handlungsalternative „Partnermarkt“ analysiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Armutsausstiegen.

Zu einem *Wechsel des Haushaltsvorstandes* zählen Bane/Ellwood (1986) auf der einen Seite den Zusammenzug mit einem Partner oder eine Heirat sowie Scheidungen und Trennungen auf der anderen Seite.¹⁴ Die Ursache für den Ar-

13 Eine ähnliche Einteilung wählen Ott/Strohmeier (2003). Die Autoren unterscheiden in erwerbsbezogene Gründe, Gründe mit Erwerbs- und Familienbezug sowie familiäre und sonstige Gründe. Diese lebenslaufspezifischen Ereignisse wirken auf grundlegende personale (z. B. Geschlecht) und haushaltsbezogene (z. B. Familienform) Faktoren ein und sind gerahmt durch soziale und politische Makrofaktoren.

14 Präzise gefasst, sind Heiraten oder Scheidungen nur dann gemeint, wenn damit auch eine Änderung der Haushaltszusammensetzung einhergeht. Haben die Partner schon vorher zusammengelebt bzw. leben weiterhin zusammen, findet kein Wechsel des Haushaltsvorstandes statt (Andreß/Güllner 2000).

mutsein- bzw. Armutsausstieg kann bei diesen haushaltsbezogenen Ereignissen sowohl in einer Veränderung der Bedarfsstruktur, als auch in einer Änderung des Zugangs zu finanziellen Ressourcen liegen. In Ausnahmefällen kann das Haushaltseinkommen auch unverändert bleiben, etwa wenn im Falle eines Zusammenzugs mit dem neuen Partner dieser über keinerlei eigenes Einkommen verfügt. Dies dürfte jedoch äußerst selten der Fall sein, zumal sich im Fall einer Heirat der Einkommenseffekt auch indirekt über die veränderte Besteuerung im Nettoeinkommen oder bei Bezug von sozialen Transfers wie ALG II über die Neufassung der Bedarfsgemeinschaft widerspiegeln sollte.

Empirisch ist nicht eindeutig geklärt, ob der Zusammenzug mit einem Partner in jedem Fall armutsvermeidend ist (vgl. Abschnitt 2.1.3). Dagegen zeigt sich relativ eindeutig, dass der Einstieg in Armut häufig mit der Trennung vom Partner zusammenfällt (Andreß et al. 2003) und der Beginn des Alleinerziehens mit starken Einkommensverlusten verbunden ist (Ott et al. 2011; Ott/Strohmeier 2003). So erfährt mindestens die Hälfte der Frauen einen Einkommensverlust von fast 30 Prozent, ein Viertel sogar von über 40 Prozent (Andreß et al. 2003). Dadurch steigt auch das Verschuldungsrisiko. So gibt ein Viertel der verschuldeten alleinerziehenden Frauen als Ursache eine Trennung oder Scheidung an (Statistisches Bundesamt 2011). Besonders kritisch sind die ersten Jahre des Alleinerziehens, mit der Zeit stabilisieren sich die Einkommensverhältnisse dann häufig wieder – allerdings nicht bis auf das Niveau vor dem Alleinerziehen (Fux 2011; Ott et al. 2011). Andreß et al. (2003) sowie Andreß/Bröckel (2007b) zeigen wiederholt, dass zwar beide Partner im Scheidungsfall Einkommensverluste haben, diese jedoch nur für den Mann nach fünf Jahren fast vollständig ausgeglichen sind. Frauen haben also ein größeres kurz- wie langfristiges Armuts- und Einkommensrisiko im Zuge einer Trennung. Jenkins (2008: 20) folgert: „Gender remains a good predictor of whether an adult’s income rises or falls after experiencing a marital split.“ Noch stärker fällt der negative Einkommenseffekt für die Frau aus, wenn Kinder unter sechs Jahren im Haushalt leben oder vor der Scheidung keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wurde. „Taken together [...] the most equitable postseparation arrangements occur among women who were the most financially independent within marriage“ (Bianchi et al. 1999: 201).

Bedarfsänderungen ergeben sich durch den Ein- oder Auszug eines Haushaltmitgliedes (hier: Partnerwahl) oder durch die Geburt eines Kindes. Der empirische Einkommenseffekt durch den Ein- oder Auszug eines Haushaltsmitgliedes

wurde über den besonderen Fall eines Wechsels des Haushaltsvorstandes bei Trennung oder Partnerwahl exemplarisch gezeigt – der Ein- oder Auszug anderer Personen wird nachfolgend ausgeschlossen. Wichtig ist jedoch, dass der Einkommensbedarf von Alleinerziehenden mit der Kinderzahl variiert. So steigen mit zunehmender Kinderzahl die Armuts- (BMFSFJ 2010b; Fux 2011), ALG-II- (Bundesagentur für Arbeit 2008a; 2008b) bzw. vor 2005 die Sozialhilfequoten (Andreß et al. 2003; Ott/Strohmeier 2003) von Alleinerziehenden. Dabei ist mit zunehmender Kinderzahl nicht nur das Armutsrisiko höher, sondern auch das Risiko für dauerhafte Armut. So steigt mit der Kinderzahl oder der Geburt eines Kindes die Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen SGB-II-Bezug (Lietzmann 2011).

Analytisch lassen sich die Veränderung der Bedarfsstruktur über das Argument der *economies of scale* festmachen (vgl. Becker/Hauser 2003). Damit sind Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften, etwa bei haushaltsbezogenen Festkosten wie der Miete, gemeint. Diese Annahme fließt unter anderem auch in die Bestimmung der Bedarfsgewichte zur Äquivalenzgewichtung von Haushaltseinkommen ein. Eine Äquivalenzgewichtung wird vorgenommen, um das Haushaltseinkommen von Personen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben, vergleichbar zu machen. Dem liegt die Idee zugrunde, dass ein identisches Haushaltseinkommen in einem Vier-Personen-Haushalt eine andere Bedeutung hat als in einem Ein-Personen-Haushalt. Dies sei am Beispiel der Bedarfsgewichtung nach der neuen OECD-Skala verdeutlicht. Ihr zufolge wird für den Haushaltsvorstand ein Bedarf von 1 angenommen, für jede weitere erwachsene Person ein Bedarf von 0,5 und für Kinder ein Bedarf von 0,3. Vergleicht man nun die Bedarfsgewichte unterschiedlicher Haushaltstypen sowie die Veränderung der Bedarfsstruktur im Zuge von Haushaltsdynamiken, wird der Einspareffekt gemeinsamen Haushaltens besonders anschaulich (vgl. Tabelle 2). So hat ein Paarhaushalt mit einem Kind den Bedarf von 1,8. Kommt es zu einer Trennung, hat der Haushalt, in dem das Kind lebt, einen Bedarf von 1,3 und der Haushalt ohne Kind einen Bedarf von 1,0. Der Bedarf der beiden getrennt lebenden Haushalte akkumuliert, übersteigt damit den Bedarf des zuvor gemeinsamen Haushaltes um 0,5 bzw. 27 Prozent. Dabei stehen diesem erhöhten Bedarf insgesamt unveränderte Einnahmen gegenüber. Durch die Auflösung eines Paarhaushaltes in zwei getrennte Haushalte muss also bei gleichen finanziellen Ressour-

cen ein erhöhter Bedarf abgedeckt werden. Umgekehrt können durch die Gründung eines gemeinsamen Haushaltes Einkommensgewinne erzielt werden.

Tabelle 2: Bedarfsgewichte verschiedener Haushaltsformen

Neue OECD-Skala	Paarhaushalt mit einem Kind	Alleinerziehende mit einem Kind	Ein-Personen-Haushalt
$1 + (\text{Anzahl Erwachsene} - 1) * 0,5 + \text{Anzahl Kinder} * 0,3$	$1 + 1 * 0,5 + 1 * 0,3$ = 1,8	$1 + 0 * 0,5 + 1 * 0,3$ = 1,3	$1 + 0 * 0,5 + 0 * 0,3$ = 1,0

Quelle: eigene Darstellung

Diese (Bedarfs-)Vorteile gemeinsamen Haushaltens bzw. Nachteile im Falle einer Trennung lassen sich auch theoretisch mit der Familien- und Haushaltsökonomie von Becker belegen (vgl. Abschnitt 3.1). So liegt in der wechselseitigen Spezialisierung der Partner auf Haus- und Erwerbsarbeit eine zentrale Grundlage der Bedarfsvorteile durch gemeinsames Haushalten. Im Trennungsfall geht diese Grundlage verloren, sodass für beide Partner negative monetäre wie nicht monetäre Trennungseffekte entstehen (Becker 1993b, Becker et al. 1977). Denn um die arbeitsteiligen Vorteile während der Ehe auszugleichen, muss der bisher auf die Hausarbeit spezialisierte Partner seine Beteiligung am Arbeitsmarkt ausdehnen und umgekehrt der bisher auf die Erwerbsarbeit spezialisierte Partner seine Haushaltsaktivitäten ausbauen (Johnson/Skinner 1988). Doch selbst wenn dies reibungslos gelingt, können die Spezialisierungsvorteile nicht vollständig ausgeglichen werden, da die Effizienz der Arbeitsteilung in jedem Fall verloren geht.

Nicht nur der Einspareffekt gemeinsamen Haushaltens wird anhand der Äquivalenzgewichte sichtbar, sondern auch die ungleiche Bedarfsstruktur des Haushaltes mit Kind gegenüber dem Haushalt ohne Kind: Der Haushalt mit Kind hat einen um 0,3 höheren Bedarf als der Haushalt ohne Kind.¹⁵ Berücksichtigt man ferner, dass fast 90 Prozent der Alleinerziehendenhaushalte von einer Frau geführt werden (Statistisches Bundesamt 2012b) und Frauen sowohl während der Ehe als auch nach der Scheidung über das im Vergleich zum ehemaligen Partner geringere Erwerbseinkommen verfügen (OECD 2007), werden die finanziellen Nachteile von Haushalten Alleinerziehender offensichtlich. Diese fallen umso

15 Die schlechtere Einkommensposition für den Haushalt, in dem nach einer Trennung die Kinder leben, bleibt auch bei Variation der Äquivalenzskala bestehen (vgl. Schmaus/Bould 2011).

stärker aus, je größer während der Ehe die Differenz des eigenen Einkommens zum Einkommen des Partners war (Sørensen 1994). Auch Unterhaltszahlungen können dabei den erhöhten Bedarf von Alleinerziehenden nur selten ausgleichen, zumal rund 40 Prozent der Alleinerziehenden von finanziellen Problemen durch das Ausbleiben von Unterhaltszahlungen berichten (BMFSFJ 2009a). Andere Schätzungen gehen sogar davon aus, dass mehr als die Hälfte der zahlungspflichtigen Elternteile dieser Verantwortung nicht oder nur unregelmäßig nachkommt (Meier-Gräwe 2011).

2.1.2.2 Risikofaktor: Erwerbseinkommen und -beteiligung

Die bisherige Risikoanalyse legt nahe, dass die erhöhte Armutsgefährdung von Alleinerziehenden neben einem erhöhten Einkommensbedarf in erster Linie aus den Folgen einer bereits während der Ehe bzw. Phase der Kindererziehung meist nur eingeschränkten Erwerbsbeteiligung resultiert. Dieser Risikofaktor wird im folgenden Abschnitt empirisch wie theoretisch genauer betrachtet.

Einkommensereignisse definieren sich durch die Zunahme bzw. die Abnahme einzelner Komponenten des Haushaltseinkommens (vgl. Bane/Ellwood 1986). Dabei lassen sich erwerbsbezogene und transferbezogene Ereignisse unterscheiden. Im Rahmen der Fragestellung der vorliegenden Arbeit stehen dabei die erwerbsbezogenen Einkommensereignisse im Mittelpunkt und werden über die Handlungsalternative Arbeitsmarkt untersucht. Im Gegensatz zu den haushaltsbezogenen Ereignissen bleibt bei allen Einkommensereignissen die Bedarfsstruktur – zumindest analytisch – identisch.

Zu den *erwerbsbezogenen Einkommensereignissen* zählen aufseiten der Einkommensverluste Arbeitslosigkeit sowie die Einschränkung oder Aufgabe der Erwerbsbeteiligung. Aufseiten der Einkommenszuwächse sind die Aufnahme einer Erwerbsarbeit nach Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit sowie die zeitliche Ausdehnung der Erwerbsbeteiligung zu nennen. Hinzu kommen Schwankungen des Erwerbseinkommens durch berufliche Veränderungen wie Arbeitsplatz- oder Berufswechsel (vgl. Fabig 1999; Paull 2007). Empirisch zeigt sich, dass Alleinerziehende, die nicht am Arbeitsmarkt partizipieren oder nur

eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten haben, besonders armutsgefährdet sind.¹⁶ Die Armutsrisikoquote von nichterwerbstätigen Alleinerziehenden wie auch die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen liegt – je nach Datenquelle – mit 60 bis 70 Prozent deutlich höher als von erwerbstätigen Alleinerziehenden (BMFSFJ 2008c; 2009a; Jaehrling et al. 2011). Ebenfalls sind die Einkommensverluste im Zuge der Trennung vom Partner um rund die Hälfte höher, wenn keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wurde (Andreß et al. 2003).

Analog verändern sich bei *den transferbezogenen Einkommensereignissen* soziale (z. B. Arbeitslosengeld, Elterngeld) oder private Transfers (z. B. Unterhalt). Dabei können die Einkommenskomponenten einerseits wiederum sinken oder wegfallen, etwa durch das Ausbleiben von Unterhaltszahlungen oder durch die Verzögerung der Auszahlung bzw. den Wegfall staatlicher Sozialleistungen. So machen beispielsweise Unterhaltszahlungen insgesamt nur einen geringen Anteil am Gesamteinkommen von Alleinerziehenden aus, ihr Ausbleiben kann aber gerade ursächlich für die Armutslage sein (vgl. Andreß et al. 2003; Hieming/Schwarzkopf 2010). Andererseits kann sich analog dazu der Betrag sozialer oder privater Transfers auch erhöhen. Des Weiteren zählt zu den Einkommensereignissen, die bei geringem Erwerbseinkommen oder erhöhtem Bedarf unter Umständen zeitweise oder dauerhaft nicht ausreichende kompensatorische Wirkung von Transferzahlungen. Die Veränderung transferbezogener Einkommenskomponenten wird nicht differenziert untersucht, sondern lediglich indirekt über die Dynamik des Haushaltsnettoeinkommens insgesamt bzw. die Dynamik von Armut mit berücksichtigt.

Denn im Mittelpunkt stehen die erstgenannten erwerbsbezogenen Einkommensereignisse, für die im Folgenden eine analytische Ursachenanalyse vorgenommen wird. Zahlreiche Arbeiten zur Müttererwerbsbeteiligung (z. B. Blau et al. 2010; Del Boca et al. 2008; Jaumotte 2004; Kangas/Rostgaard 2007) zeigen, dass die Erwerbsneigung und die Erwerbsbeteiligung von Müttern einerseits abhängig ist von individuellen Ressourcen und Restriktionen sowie Erwerbs- und Familienorientierungen auf der Mikroebene, sowie andererseits von strukturellen und institutionellen Faktoren auf der Makroebene. Wie zuvor gezeigt, sind Alleinerziehende, die nicht am Arbeitsmarkt partizipieren, besonders armutsgefährdet. Allerdings haben auch erwerbstätige Alleinerziehende, wenngleich auf

16 Ausführlich beschäftigt sich Abschnitt 2.1.3 mit der Dynamik des Zusammenspiels von Erwerbsarbeit und Armutsgefährdung.

geringerem Niveau, ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung erhöhtes Armutsrisiko (vgl. Jaehrling et al. 2011). Zurückzuführen ist das damit insgesamt erhöhte Armutsrisiko von Alleinerziehenden, auf das von Frauen im Vergleich zu Männern im Durchschnitt geringere Erwerbspotenzial, eine damit einhergehende geringere Arbeitsmarktbeteiligung sowie unstetigere Erwerbsverläufe. Die Folge daraus sind geringere Erwerbseinkommen. So liegt das durchschnittliche Erwerbseinkommen von Frauen deutlich unter dem von Männern. Frauen verdienen im Durchschnitt nur drei Viertel des Erwerbseinkommens von Männern. So liegt der Gender Wage Gap der Erwerbseinkommen in Deutschland seit Jahren unverändert bei rund 23 Prozent (Statistisches Bundesamt 2012a) und vermindert sich auch bei Kontrolle auf unter anderem Bildung und Branche (bereinigter Gender Wage Gap) nur auf 8 Prozent (Finke 2011; Statistisches Bundesamt 2010b). Damit ist ein geringes Erwerbseinkommen kein genuines Problem von Alleinerziehenden, vielmehr betrifft dies alle Frauen. Im Fall von Alleinerziehenden werden die negativen ökonomischen Folgen jedoch besonders deutlich.

Die Risikoanalyse ist entsprechend vielschichtig (vgl. Achatz et al. 2005). So setzt sich das Erwerbspotenzial von Alleinerziehenden aus dem beruflichen Humankapital und der Berufserfahrung, im Sinne einer möglichst langen, kontinuierlichen Arbeitsmarktbeteiligung zusammen (zum theoretischen Hintergrund vgl. Abschnitt 3.3). Risiken in der Humankapitalausstattung bestehen bei grundlegenden Qualifikationsmängeln wie niedrigen oder fehlenden berufsqualifizierenden Bildungsabschlüssen oder durch den Abbau von Humankapital durch längere Erwerbsunterbrechungen. Hinzu kommt im Fall von Migrantinnen das Problem von Sprachschwierigkeiten oder einer etwaigen Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen (BMFSFJ 2010a). So sinkt sowohl das Risiko als auch die Dauer von Armut oder ALG-II-Bezug mit dem (beruflichen) Bildungsniveau von Alleinerziehenden (BMFSFJ 2009a; Jaehrling et al. 2011; Lietzmann 2011). Zudem machen im Zuge der Trennung vom Partner zwar auch höherqualifizierte Frauen Einkommensverluste, können diese aber schnell wieder ausgleichen (Andreß et al. 2003). Die bereits genannten Qualifikationsmängel gehen häufig mit einer geringen Berufserfahrung einher. Erwerbsunterbrechungen von Frauen lassen sich dabei meist auf kindbezogene Gründe zurückführen (vgl. BMFSFJ 2009b): Fast zwei Drittel aller Frauen im erwerbsfähigen Alter haben ihre Erwerbstätigkeit schon einmal familienbedingt unterbrochen, davon ist mehr als

ein Drittel (noch) nicht auf den Arbeitsmarkt zurückgekehrt. Wenn ein Wiedereinstieg erfolgt, dann überwiegend in Teilzeit. Dementsprechend zeigt sich, dass zwar insgesamt 60 Prozent der Frauen mit Kindern aktiv erwerbstätig sind, die Vollzeitquote allerdings nur bei 30 Prozent liegt (Keller/Haustein 2012). Mit einer Unterbrechung der Erwerbsbeteiligung zugunsten von Kinderbetreuung fällt nicht nur das Erwerbseinkommen weg, vielmehr sind damit insbesondere Opportunitätskosten in Form von Humankapitalverlusten, Wiedereinstiegsschwierigkeiten und Vereinbarkeitsproblemen verbunden. So ist die Erwerbsunterbrechung für rund ein Fünftel der Wiedereinsteigerinnen mit einem beruflichen Abstieg verbunden (BMFSFJ 2009b). Des Weiteren haben lange Erwerbsunterbrechungen im Rahmen der Elternzeit einen negativen Effekt auf die grundsätzliche Rückkehrwahrscheinlichkeit in den Beruf sowie bei Wiedereinstieg auf das zukünftige Einkommen (Jaumotte 2004; Misra et al. 2007).

Hinzu kommt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alleinerziehende durch die primäre Verantwortung für die Kinderbetreuung besonders schwierig ist. So ist das Armutsrisiko von Alleinerziehenden erhöht, wenn Kinder bis sechs Jahren im Haushalt leben (Andreß et al. 2003; Fux 2011). Auch der Bezug von ALG II oder Sozialhilfe ist häufiger, wenn jüngere Kinder vorhanden sind (BMFSFJ 2009a; Ott/Strohmeier 2003), und verkürzt sich mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes (Lietzmann 2011). Ebenfalls die Einkommenssituation insgesamt ist umso schlechter, je jünger das Kind zum Trennungzeitpunkt war (Andreß et al. 2003; Lietzmann 2011; Schneider 2003). Ein weiterer Hinderungsgrund für ein nur eingeschränktes Arbeitsangebot, Teilzeitarbeit oder die Nichtausdehnung der Arbeitszeit sind damit fehlende Möglichkeiten zur (ganztägigen) Kinderbetreuung – insbesondere auch außerhalb der Regelöffnungszeiten (vgl. Estévez-Abe/Hethey 2008; Jaumotte 2004).¹⁷ Dadurch ist die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung insbesondere für Alleinerziehende mit sehr jungen Kindern problematisch, was ein erhöhtes Armutsrisiko mit sich bringt. So zeigt sich im internationalen Vergleich, dass in Ländern mit gut ausgebauter Kinderbetreuung für unter 3-Jährige Familien und insbesondere Alleinerziehende geringere Armutsquoten aufweisen (Misra et al. 2007). Die häufig

17 Zum Stichtag 1. März 2012 wurden 28 Prozent der unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen oder in der Tagespflege betreut, davon die Hälfte ganztags. Für die 3- bis unter 6-Jährigen lag die Betreuungsquote bei 93 Prozent, darunter allerdings nur zu 40 Prozent ganztägig (Statistisches Bundesamt 2012d).

zeitlich nur eingeschränkt verfügbaren Möglichkeiten öffentlicher Kinderbetreuung werden dabei von nur bedingt variablen Arbeitszeiten für Eltern sowie gleichzeitig hohen Anforderungen einer flexibilisierten Arbeitswelt flankiert. Oft sind Alleinerziehende durch ihre Kinder auch relativ ortsgebunden, so dass ein Umzug nicht in Betracht kommt und lange Pendelzeiten ebenfalls nicht möglich sind. Teilweise sind sich die Alleinerziehenden auch unschlüssig über den Umfang ihres Arbeitsangebots oder sehen in einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit eine starke Ambivalenz zu ihrer Mutterrolle. So kann – auch bei gut ausgebauter Kinderbetreuung – eine starke Familienorientierung als gewachsene kulturelle Orientierung dazu führen, dass die Erwerbsneigung von Müttern nur gering ist (Hummelsheim 2009). So sind in Westdeutschland im Jahr 2005 fast zwei Drittel der Bevölkerung der Ansicht, dass ein Kind darunter leiden würde, wenn die Mutter erwerbstätig ist (Dressel et al. 2005).

Folgt man der haushaltsökonomischen Argumentation von Becker (1993b), lassen sich Unterschiede im Erwerbspotenzial zwischen Frauen und Männern, die insbesondere im Falle einer Trennung evident werden, auf die arbeitsteilige Spezialisierung während der Ehe zurückführen (dazu ausführlich Abschnitt 3.1). Denn der Partner mit der höheren Erwerbsbeteiligung während der Ehe bzw. Partnerschaft konnte in dieser Zeit sein arbeitsmarktbezogenes Humankapital weiter ausbauen. Dahingegen hat im selben Zeitraum der auf die Hausarbeit konzentrierte Partner arbeitsmarktrelevante Humankapitalverluste zu verzeichnen. Die Verluste bzw. Gewinne fallen umso größer aus, je umfassender die arbeitsteilige Spezialisierung während des Zusammenlebens war. Das Erwerbsverhalten und die Familienorientierung vor der Trennung haben so Einfluss auf die Wohlstandsposition nach der Trennung: „A woman’s work history and her family history prior to divorce are important determinants of her financial situation after divorce“ (Peterson 1989: 3). Nach einer Scheidung sind damit die Möglichkeiten, durch Erwerbsarbeit den eigenen Einkommensbedarf selbstständig zu bestreiten, eingeschränkt und können finanziell auch durch ausgleichende Unterhaltszahlungen oder gleiche Aufteilung von Eigentumswerten nicht vollständig ausgeglichen werden. Hinzu kommt, dass sich das während einer Ehe akkumulierte Kapital nur schwer quantifizieren lässt. Dies gilt sowohl für Sach- und Geldwerte als auch für das arbeitsmarktrelevante Humankapital. Die Argumentation verdeutlicht, dass bezüglich der Einkommenskapazität auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie der bisher auf die Hausarbeit spezialisierte Partner vor

Problemen steht – konkret: Alleinerziehende, die während der Partnerschaft nicht oder nur eingeschränkt am Arbeitsmarkt partizipiert haben.

Neben diesen Faktoren für ein erhöhtes Armutsrisiko von Alleinerziehenden auf der individuellen Ebene spielen Risikofaktoren auf der Makroebene des Arbeitsmarktes eine Rolle. So kann nur in gewünschtem Umfang gearbeitet werden, wenn ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sind, sodass mit einer höheren Arbeitslosenquote auch mehr Alleinerziehende nichterwerbstätig sind (Andreß et al. 2003). Darüber hinaus beeinflussen konjunkturelle Faktoren, gesetzliche Regelungen oder Tarifverträge, zum Beispiel zur Arbeitszeitgestaltung, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt (Schels 2009). Für Alleinerziehende besonders wichtig ist eine geringe Frauenarbeitslosenrate, eine hohe Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen, die zeitliche Lage sowie Flexibilität der Arbeitszeiten – insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit Kinderbetreuungspflichten (van Damme et al. 2009). So hat nach eigenen Angaben fast die Hälfte (47 %) der nichterwerbstätigen Alleinerziehenden keine passende Tätigkeit gefunden (Andreß et al. 2003) und je ein Drittel sucht nicht nach Arbeit, weil die Arbeitsmarktlage schlecht eingeschätzt wird oder die bisherige Suche erfolglos verlief (Knittel/Steidle 2011).¹⁸

Als weiterer struktureller Risikofaktor ist eine geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation zu nennen. Diese wirkt sich unter anderem darin aus, dass Frauen überproportional häufig in Bereichen mit schlechteren Aufstiegschancen und geringeren Durchschnittslöhnen beschäftigt sind (vgl. Achatz 2008). So bestimmt neben dem Umfang der Arbeitszeit auch die Höhe der Stundenlöhne das Erwerbseinkommen. Dabei sind die Stundenlöhne nur zum Teil durch das individuelle Erwerbspotenzial beeinflusst. So trifft ein geringer Stundenlohn auf etwa die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse im Niedrigeinkommensbereich zu, wobei häufig gerade nicht in Vollzeit Beschäftigte einen geringen Stundenlohn erhalten (vgl. Andreß/Krüger 2006). Geringe Stundenlöhne betreffen damit Alleinerziehende, die häufig nur in Teilzeit arbeiten, überproportional. Insbesondere alleinerziehende Aufstockerinnen erzielen im Durchschnitt nur Stundenlöhne zwischen 5 und 6 Euro (Dietz et al. 2009). Mit dieser Lohnhöhe haben demnach, auch bei Ausdehnung auf Vollzeit, nur 40 Prozent der alleinerziehenden Aufstockerinnen das Potenzial, die Bedürftigkeit über Erwerbsarbeit zu verlas-

18 Vergleiche dazu auch die qualitativen Forschungsergebnisse von Brand/Hammer 2002.

sen. Jaehrling et al. (2011: 149) kommen folglich zu dem Schluss, dass „gerade Alleinerziehende in Deutschland von dem allgemeinen Trend der zunehmenden Lohnspreizung und der Verbreitung geringfügiger Beschäftigung betroffen sind“.¹⁹

Zum Teil wird auch Geschlechterdiskriminierung seitens der Arbeitgeber, wenngleich gesetzlich verboten (Bürgerliches Gesetzbuch § 612 Absatz 3), für die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern verantwortlich gemacht (vgl. Blau et al. 2010: 2010 f.). Allerdings ist dieser Zusammenhang weder theoretisch (Becker 1971; Mincer/Ofek 1982; Mincer/Polachek 1974; Polachek 1981) noch empirisch (Achatz 2008; Aisenbrey/Brückner 2008; Anger/Schmidt 2008; Ondrich et al. 2001) eindeutig geklärt. So tritt Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in den seltensten Fällen direkt auf, sondern vielmehr indirekt über das Phänomen statistischer Diskriminierung (vgl. Hinz/Abraham 2008). Beispielsweise besteht bei Frauen im gebärfähigen Alter die reelle Chance einer Schwangerschaft. Für den Arbeitgeber bedeutet dies in erster Linie Kosten, da ein Ersatz oder eine Vertretung eingearbeitet werden muss sowie unklar ist, wie lange die Frau ausfällt und der Arbeitsplatz gegebenenfalls frei gehalten werden muss. Diese potenziellen Kosten kalkulieren Arbeitgeber bei Einstellungen oder der Karriereförderung ein – wodurch Männer einen impliziten Vorteil haben. Hinzu kommt, dass es in Bezug auf Alleinerziehende auch vorkommen kann, dass Unternehmen Vorurteile haben, was den Arbeitseinsatz oder mögliche Fehlzeiten der Alleinerziehenden betrifft (vgl. DJI/BMFSFJ 2005).

Zu den Risikofaktoren auf der Makroebene gehören zudem politisch gestaltbare Rahmenbedingungen, und zwar sowohl im Bereich der Arbeitsmarktpolitik als auch im Bereich der Familien- und Sozialpolitik, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern im Allgemeinen und Alleinerziehenden im Speziellen fördern oder auch hemmen können – Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. Ott/Strohmeier 2003: 98f). Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind grundsätzliche Maßnahmen zur Förderung der Frauenerwerbsbeteiligung zu nennen, wie Ansätze zur Lohnangleichung, zum Abbau von Diskriminierung sowie von schlechteren Aufstiegschancen von Frauen, daneben die Förderung von Teil-

19 Weitere makrostrukturelle Einflussfaktoren für Armut trotz Erwerbsarbeit sind, neben der Lockerung der Tarifbindung von Löhnen und Gehältern, eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition von Geringqualifizierten im Zuge der Globalisierung sowie der Strukturwandel mit einer Vergrößerung des Dienstleistungssektors und der Zunahme von Niedriglöhnen (vgl. Rhein 2009).

zeitmodellen und von Wiederbeschäftigungsregelungen nach Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen familiär bedingten Erwerbsunterbrechungen. Daneben lassen sich die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen und Männern und die sich daraus ergebenden Probleme für Alleinerziehende auch an Widersprüchlichkeiten in der deutschen Familien- und Sozialpolitik festmachen. Einerseits hat die Familienpolitik in den letzten Jahren durch den forcierten Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, die Einführung des einjährigen Elterngeldes sowie die Reform des Unterhaltsrechts die Orientierung am männlichen Ernährermodell und der damit einhergehenden Spezialisierung im Sinne von Becker (1993b) gelockert. Andererseits bestehen für Frauen nach wie vor finanzielle Anreize im Steuersystem oder dem System der sozialen Sicherung, nicht oder nur eingeschränkt am Arbeitsmarkt zu partizipieren. So fördern insbesondere das Ehegattensplitting, das Rentenrecht und die Mitversicherung nichterwerbstätiger Ehegatten in der Krankenkasse weiterhin die traditionelle Hausfrauenehe sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und hemmen so die Erwerbsbeteiligung von Frauen (Jaumotte 2004; Ostner 1997a; 1997b). Gerade diese abgeleiteten Versicherungsansprüche erreichen jedoch im Falle einer Scheidung für sich genommen kein existenzsicherndes und armutsvermeidendes Niveau. Längerfristig muss zudem auf die häufig übersehenen Folgeeffekte in der Nachkindphase bzw. im Rentenalter hingewiesen werden. Denn durch unterbrochene Erwerbsverläufe und ein eingeschränktes Arbeitsangebot können nur geringe Rentenansprüche erworben werden, wodurch die soziale Absicherung im Alter deutlich eingeschränkt ist (vgl. Hauser 2008a). Ott/Strohmeier (2003: 15) resümieren daher, dass die

„Ursachen für das Eintreten des Sozialhilfebezugs [...] in der Regel zeitlich vor dem Eintreten der Sozialhilfebedürftigkeit [liegen], insbesondere im faktisch mehrheitlich auch heute gelebten Familienernährermodell.“

Die Familienphase ist somit ein „spezifischer Risikofaktor im weiblichen Lebensverlauf“ (Ott/Strohmeier 2003: 7), der durch den zeitlichen Ausschluss und den erschwerten Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und damit verbundene länger- wie kurzfristige finanzielle Nachteile im Falle einer Scheidung bedingt ist.

2.1.3 *Wege aus der Armut: Partnerwahl und Erwerbsarbeit*

Der Forschungsstand zur Interdependenz von Armutsdynamik, Partnerwahl und Erwerbsverhalten von Alleinerziehenden ist begrenzt. So gibt es einen Forschungsstrang, der den Zusammenhang von Armutsdynamik und Partnerwahl, und einen anderen, der das Verhältnis von Armutsdynamik und Arbeitsangebot untersucht. Eine Zusammenschau aller drei Dynamiken ist äußerst selten und daher ist es Ziel vorliegender Arbeit, diese Lücke zu schließen.

Einen Hinweis darauf, ob der Übergang in einen Paarhaushalt oder aber Erwerbsarbeit der bessere Weg ist, um Armut zu überwinden, findet sich bei Jenkins (2008). So haben beim Vergleich von partnerlosen und erwerbslosen britischen Müttern letztere die schlechtere Einkommenssituation. Der Autor folgert, „lack of partner is not as deleterious as lack of paid work“ (Jenkins 2008: 17). Eher ambivalent sind die Ergebnisse von Harris (1996). Die Autorin untersucht die Wahrscheinlichkeit eines wiederkehrenden Bezugs von sozialen Transfers und kommt zu dem Ergebnis, dass unabhängig davon, ob der Transfer durch eine Heirat oder durch Erwerbsarbeit beendet wurde, bereits nach einem Jahr ein Viertel erneut soziale Transfers bezieht, nach zwei Jahren über ein Drittel und nach sechs Jahren jeweils über die Hälfte. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass die dauerhafte Einkommenslage relativ unabhängig davon ist, ob der Armutsausstieg über Erwerbsarbeit oder über den Zusammenzug mit einem Partner erfolgt. Die Autorin betont, dass langfristig betrachtet weniger das konkrete Ereignis, das zu einem Armutsausstieg geführt hat, zählt, sondern vielmehr die daran anschließenden Ereignisse. Dauerhaft am sichersten erscheint die Kombination beider Strategien, also entweder zunächst eine Heirat und dann zusätzlich die Erwerbsaufnahme oder umgekehrt.

Eine vergleichbare Zusammenschau für deutsche Alleinerziehende fehlt, so dass im Folgenden zunächst der Forschungsstand zur Armutsdynamik von Alleinerziehenden im Kontext der Partnerwahl und in einem zweiten Schritt im Kontext des Arbeitsangebots dargelegt wird.

2.1.3.1 Partnerwahl und Armutsdynamik

Wenngleich bislang nicht eindeutig geklärt werden konnte, inwiefern die Partnerchancen von Alleinerziehenden durch ihre sozioökonomische und finanzielle

Situation beeinflusst sind (vgl. Abschnitt 2.2.2), ist der empirische Forschungsstand zu den ökonomischen Folgen des Übergangs in einen Paarhaushalt relativ eindeutig: Alleinerziehende können durch den Zusammenzug mit einem Partner überwiegend finanzielle Gewinne machen.

Die finanzielle Situation von Frauen, die nach einer Trennung innerhalb kurzer Zeit in einen Paarhaushalt wechseln, ist im Durchschnitt deutlich besser als von Frauen, die dauerhaft ohne neuen Partner leben. Zudem haben Frauen, die schnell in einen Paarhaushalt wechseln, vor wie nach der Trennung ein höheres Einkommen als Frauen ohne neuen Partner. Teilweise können sogar erhebliche Einkommensgewinne im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Trennung gemacht werden. Das Einkommensniveau von Frauen mit neuem Partner ist nach der Trennung zudem höher als von erwerbstätigen, aber partnerlosen Frauen (Andreß et al. 2003). Mit einem neuen Partner kann also ein höheres Einkommensniveau erreicht werden als durch Erwerbsarbeit. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern zeigt sich dieser positive Einkommenseffekt durch den Zusammenzug mit einem neuen Partner (vgl. Budowski/Suter 2002; Dewilde/Uunk 2008; Jenkins 2008; Ozawa/Yoon 2002; Page/Stevens 2004; Suter et al. 1996), wobei nicht nur Alleinerziehende, sondern auch kinderlose geschiedene oder verwitwete Frauen finanziell von einer Wiederheirat profitieren (vgl. Duncan/Hoffman 1985; Gerner et al. 1990; McKeever/Wolfinger 2001; Morgan 1991; Peterson 1989; Zick 1988).

Die positive Einkommensentwicklung durch den Zusammenzug mit einem neuen Partner gilt auch für den unteren Einkommensbereich. So können dauerhaft Alleinerziehende seltener als Alleinerziehende mit neuem Partner ihre Armutsgefährdung beenden. Dasselbe gilt für den Niedrigeinkommensbereich: Auch hier erfahren dauerhaft Alleinerziehende geringere Einkommenssteigerungen als Alleinerziehende, die in eine andere Haushaltform, davon circa. zwei Drittel in einen Paarhaushalt, wechseln (Kortmann et al. 2002). Hinzu kommt, dass Alleinerziehende, die mit einem Partner zusammenziehen, eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, armutsgefährdet zu werden (Jaehrling et al. 2011). Desgleichen verspricht der Zusammenzug mit einem neuen Partner auch unter Kontrolle des Erwerbspotenzials sowie der öffentlichen und privaten Transferzahlungen die größten prozentualen Einkommensverbesserungen. Diese Ergebnisse bestätigen sich erneut im internationalen Vergleich. Laut der Schweizer Studie von Budowski/Suter (2002) und der schwedischen Untersuchung von

Lindquist/Lindquist (2012) gehen Armutsausstiege häufig mit einer neuen Partnerschaft oder Ehe einher. Ebenfalls sind Armutseinstiege für vormals alleinerziehende Frauen, die in einer neuen Partnerschaft leben, seltener. Auch in den USA können getrennte und geschiedene Mütter durch eine Heirat Armut für sich und ihre Kinder vermeiden (Lichter et al. 2003; Morrison/Ritualo 2000) bzw. mit einer Wiederheirat Armut beenden (McKernan/Ratcliffe 2002). Durch ein Ende des Alleinerziehens kann also auch im unteren Einkommensbereich ein höheres Einkommensniveau erreicht werden als bei dauerhaftem Alleinerziehen.

Wenngleich die genannten Studien den Effekt einer Wiederheirat auf die Einkommenslage von Alleinerziehenden recht positiv darstellen, müssen einige Ambivalenzen erwähnt werden. Denn ein neuer Partner geht nicht zwangsläufig mit einem höheren Einkommen, dem Ende von Armut oder einem Ende des Bezugs von sozialen Transfers einher. In der Studie von Ott/Strohmeier (2003) sind nur 7 Prozent der Alleinerziehenden mit dem Ende des Sozialhilfebezugs mit einem neuen Partner zusammengezogen, der Rest ist dauerhaft alleinerziehend. Ein analoges Ergebnis findet sich für alleinerziehende Mütter in den USA (Harris 1993). Eine Heirat führt auch nicht per se zu einer Verbesserung der über monetäre Ressourcen hinausgehenden Lebenslage (Suter et al. 1996). In dieselbe Richtung deuten Ergebnisse aus den USA: Arme oder nichterwerbstätige Alleinerziehende, die in einen Paarhaushalt wechseln, sind dadurch nicht ökonomisch bessergestellt, sondern weiterhin arm oder befinden sich knapp oberhalb der Armutsgrenze und der neue Partner verfügt ebenfalls nur über ein geringes Einkommen (Jacobs/Furstenberg 1986; Lichter et al. 1995; Lichter et al. 2003). Zudem weisen Lichter et al. (2003) darauf hin, dass bei einer erneuten Scheidung das Armutsrisiko besonders erhöht ist. Eine Trennung führt zudem unabhängig davon, ob ein neuer Partner gefunden wird oder nicht, für mindestens ein Viertel der Frauen zu Einkommensverlusten von 40 bis 50 Prozent (Andreß et al. 2003). Analog kommen Budowski/Suter (2002) zu dem Ergebnis, dass dauerhafte oder wiederkehrende Armut relativ unbeeinflusst von der Haushaltsdynamik ist. Gleichzeitig machen Frauen mit höherem Erwerbseinkommen durch eine Wiederheirat mehr Gewinn als gering verdienende Frauen (Ozawa/Yoon 2002). Auch hinsichtlich der Stabilität der Partnerschaft gibt es Unterschiede: Alleinerziehende mit Niedrigeinkommen oder Sozialhilfebezug trennen sich häufiger wieder von dem neuen Partner (Ott/Strohmeier 2003). Zusammenfassend deuten diese letztgenannten Ergebnisse darauf hin, dass im unteren Einkommensbereich

die Einkommenslage relativ unbeeinflusst ist von der Haushaltsdynamik, dagegen eine erneute Paarbeziehung im oberen Bereich Einkommensgewinne mit sich bringt.

2.1.3.2 Erwerbsverhalten und Armutsdynamik

Erwerbsarbeit wird in der Literatur einerseits häufig als die zentrale Möglichkeit zur Vermeidung von Armut angeführt und eine nur eingeschränkte Arbeitsmarktpartizipation zu den größten Armutsrisiken gezählt (vgl. Abschnitt 2.1.2). Andererseits kann die Handlungsalternative Arbeitsmarkt grundsätzlich nur dann zu Armutsausstiegen oder der Vermeidung von Armut führen, wenn das (Erwerbs-)Einkommen hoch genug ist, das heißt über die Armutsgrenze reicht. Bleibt das Einkommen trotz Erwerbsarbeit unterhalb der Armutsgrenze, spricht man von „Working Poor“ (vgl. Andreß/Lohmann 2008). Der Fokus der folgenden Darstellung liegt auf Alleinerziehenden. Für einen kritischen allgemeinen Überblick zum Forschungsstand sei auf die Arbeiten von Lohmann (2007), Andreß/Krüger (2006) oder Strengmann-Kuhn (2003) verwiesen. Die vorliegenden empirischen Ergebnisse sind gemischt: Auf der einen Seite kann gezeigt werden, dass über Erwerbsarbeit Armut überwunden bzw. vermieden werden kann, auf der anderen Seite stehen Ergebnisse, die auf Schwierigkeiten zum einen bei der grundsätzlichen Wahrnehmung der Handlungsalternative Arbeitsmarkt hindeuten und zum anderen deren prinzipielle Wirkungsweise infrage stellen.

Das Einkommensniveau nach einer Trennung oder Scheidung unterscheidet sich erheblich zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen. So ist das bedarfsgewichtete Einkommen von erwerbstätigen Frauen um fast 40 Prozent höher. Zudem können erwerbstätige Frauen ihr Einkommen häufiger steigern als nichterwerbstätige Frauen, so dass auch der absolute Einkommensverlust im Zuge der Trennung geringer ausfällt (vgl. Andreß et al. 2003; Andreß/Bröckel 2007b). Dementsprechend haben erwerbstätige Alleinerziehende ein deutlich geringeres Armutsrisiko als nichterwerbstätige oder arbeitslose Alleinerziehende (Jaehrling et al. 2011). Entsprechend ist auch die subjektive finanzielle Belastung von nichterwerbstätigen Alleinerziehenden höher (BMFSFJ 2008a): Ein Fünftel der Frauen weiß kaum, wie der tägliche Lebensunterhalt

finanziert werden soll, eine solch negative Einschätzung trifft auf nur 3 Prozent der erwerbstätigen Alleinerziehenden zu. Positiv auf die Einkommenslage von Alleinerziehenden wirken sich neben der aktuellen Erwerbsbeteiligung auch eine langjährige Berufserfahrung sowie ein hohes Qualifikationsniveau aus (vgl. Andreß et al. 2003 und Abschnitt 2.1.2).²⁰

Auch eine Erhöhung des Arbeitsangebots führt häufig zu Einkommensverbesserungen (vgl. BMFSFJ et al. 2012): Über die Hälfte der Alleinerziehenden (57 %), die aus Nichterwerbstätigkeit in Vollzeitbeschäftigung wechseln, steigen um mindestens ein Einkommensquintil auf, bei einem Wechsel in Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung ist es immerhin noch ein gutes Viertel (28 %) und bei einem Wechsel aus Teilzeit in Vollzeit ebenfalls fast die Hälfte (48 %). Mit Blick auf den Armutsbereich würde die Armutsrisikoquote von nichterwerbstätigen oder arbeitslosen Alleinerziehenden durch die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung um fast 30 Prozentpunkte sinken, durch den Wechsel in Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung um rund 12 Prozentpunkte und durch die Ausdehnung der Arbeitszeit von Teilzeit auf Vollzeit um 6 Prozentpunkte. Insgesamt würde durch ein höheres Arbeitsangebot die Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden um 5 Prozentpunkte sinken. Die bisher dargestellten Ergebnisse lassen sich mit Harris (1993: 344) knapp zusammenfassen: „the dominant routes off welfare are through work“. Gleichzeitig muss aber einschränkend ergänzt werden, dass “most economically secure were those already working when their marriages ended and who were subsequently able to increase their hours or pay significantly” (Morgan 1991: 123).

Die letztgenannte Einschränkung macht deutlich, dass Erwerbsarbeit bei weitem nicht für alle Alleinerziehenden zu einem höheren Haushaltseinkommen bzw. zur Armutsvermeidung führt. Bereits die Einkommensverluste im Zuge der Trennung sind für erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen nahezu identisch mit im Durchschnitt fast 30 Prozent. Das analoge Ergebnis gilt bei Betrachtung der Erwerbskonstellationen vor der Trennung: Frauen aus Doppelverdiener-Haushalten erfahren, wenngleich auf höherem Niveau, mit 32 Prozent annähernd die gleichen Einkommensverluste wie Frauen, die nicht oder nur begrenzt er-

20 Die bessere Einkommensposition von erwerbstätigen Alleinerziehenden zeigt sich auch im internationalen Vergleich. Einen Überblick gibt Skevik (2006), die gleichzeitig darauf hinweist, dass eine höhere Erwerbsbeteiligung nicht immer zu geringerer Armut führt. Entscheidend sind der soziale Kontext, die Arbeitsmarkt- und konjunkturelle Lage, das Lohnniveau sowie die Betreuungsinfrastruktur.

werbstätig waren. Entsprechend kommen Andreß/Hummelsheim (2009b: 364) zu folgender Annahme: „increased employment is not an option for many divorced women, because they have already been employed full-time before their partnership break down.“ Ausgeglichen ist die Einkommenssituation lediglich in dem seltenen Fall, dass die Frau bereits vor der Trennung Alleinverdienerin war.

Trotz Erwerbstätigkeit unterliegen Alleinerziehende dem Risiko, dem unteren Einkommensbereich anzugehören.²¹ So sind von den armutsgefährdeten Alleinerziehenden rund 35 Prozent erwerbstätig, davon fast die Hälfte in Vollzeit (Strengmann-Kuhn 2003: 156). Analog beziehen fast 30 Prozent der erwerbstätigen Alleinerziehenden ergänzend ALG II (BMFSFJ 2009a: 37). Ähnliche Anteile zeigen sich mit Blick auf den Niedrigeinkommensbereich, auch hier sind fast 40 Prozent der Alleinerziehenden erwerbstätig (Andreß/Krüger 2006: 28). Dabei ist das Armutsrisiko von erwerbstätigen Alleinerziehenden in den letzten Jahren sogar stärker gestiegen als von nichterwerbstätigen Alleinerziehenden (Jaehrling et al. 2011). Armutsgefährdung trotz Erwerbsarbeit lässt sich unter anderem auf den Umfang des Arbeitsangebots zurückführen. So unterscheidet sich das Armutsrisiko von Alleinerziehenden erst ab einer Vollzeitbeschäftigung nicht von anderen Familien (Fux 2011). Dies bedeutet, dass eine Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung keinen ausreichenden Schutz vor Armut darstellt. Allerdings führt auch die Ausdehnung des Arbeitsangebots nicht zwangsläufig zu einer maßgeblichen Verbesserung der Einkommensposition. Beispielsweise ist die Armutsgefährdung von nichterwerbstätigen oder arbeitslosen Alleinerziehenden – auch bei einem Wechsel in Vollzeit – rund dreimal höher als von dauerhaft vollzeiterwerbstätigen Alleinerziehenden (vgl. BMFSFJ et al. 2012). Ebenfalls lässt sich ein geringes Einkommen trotz Erwerbsarbeit damit erklären, dass ein Drittel der erwerbstätigen Alleinerziehenden nicht regulär beschäftigt ist, sondern sich in geförderten Beschäftigungsformen befindet, die meist mit einem geringen Einkommen bzw. Stundenlohn verbunden sind (BMFSFJ 2009a).

Die Schwierigkeit der Beendigung von Armut durch Erwerbsarbeit zeigt sich damit erwartungsgemäß auch mit Blick auf die Arbeitslosigkeit. Dabei haben arbeitslose Alleinerziehende sogar schlechtere Erwerbschancen als andere Arbeitslose. Alleinerziehenden gelingt es seltener, aus dem Bezug von ALG II

21 Auch Geringqualifizierte, Ostdeutsche, Frauen und Beschäftigte in Kleinbetrieben, im Dienstleistungssektor oder Handel sind überproportional oft trotz Arbeit arm (Rhein et al. 2005; Schank et al. 2008).

(oder früher aus Sozialhilfe) eine bedarfsdeckende (Vollzeit-)Beschäftigung aufzunehmen als anderen Arbeitslosen (für ALG II vgl. Achatz/Trappmann 2011; Koller/Rudolph 2011; für Sozialhilfe Gangl 1998; Gebauer 2007). Von allen alleinerziehenden ALG-II-Empfängerinnen nimmt innerhalb von 1 ½ Jahren weniger als ein Zehntel eine sozialversicherungspflichtige bedarfsdeckende Beschäftigung auf. Gut doppelt so viele Alleinerziehende nehmen zwar eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf, die allerdings nicht bedarfsdeckend ist, so dass diese Frauen weiterhin auf Sozialtransfers angewiesen sind. Ein weiteres knappes Drittel der alleinerziehenden ALG-II-Empfängerinnen nimmt lediglich einen (nicht bedarfsdeckenden) Minijob auf (vgl. Zabel 2012a).²² Entsprechend erhält ein Viertel der erwerbstätigen Alleinerziehenden ergänzende ALG-II-Leistungen (Knittel/Steidle 2011). Dabei arbeitet ein Großteil (80 %) dieser Aufstockerinnen weniger als 35 Stunden pro Woche (BMFSFJ 2009a: 94), im Durchschnitt mit einer Wochenarbeitszeit von 15 Stunden (Dietz et al. 2009). Die Hälfte der Aufstockerinnen würde ihre Arbeitszeit allerdings gern ausdehnen: Rund 40 Prozent suchen eine Vollzeitstelle, 56 Prozent mindestens eine Halbtagsstelle (BMFSFJ 2009a: 94).

Zusammenfassend ist der Forschungsstand zum Zusammenhang von Arbeitsangebot und Armutsgefährdung bzw. -dynamik nicht eindeutig. Einerseits gelingt es einem Teil der Alleinerziehenden über Erwerbsarbeit, Armut zu vermeiden oder zu beenden, andererseits ist einem Teil der Alleinerziehenden dieser Weg versperrt.

„There appear to be two results when women on welfare begin to work. One group of welfare mothers finds work that moves them off welfare, while another group finds work that does not provide sufficient wages or hours to enable them to leave welfare” (Harris 1993: 336).

Auch sind nichterwerbstätige zwar häufiger unzufrieden mit ihrer Einkommenssituation (63 %), allerdings trifft dies auch auf fast die Hälfte der erwerbstätigen Alleinerziehenden zu (BMFSFJ 2008a). Die Handlungsalternative Arbeitsmarkt bzw. der Weg über Erwerbsarbeit Armut zu beenden, ist anscheinend also nicht so einfach, wie es sich im ersten Moment anhört. Dem stehen Alleinerziehenden einige Hürden im Weg (vgl. Abschnitt 2.1.2). Diese können auf ein zu geringes Erwerbseinkommen, berufliche Qualifikationsmängel oder fehlende Berufserfah-

22 Für Arbeitsmarkteinstiege von Arbeitslosen im Niedrigeinkommensbereich vgl. Andreß/Krüger (2006).

rung zurückzuführen sein. Daneben muss das Erwerbseinkommen, das Alleinerziehende verdienen, natürlich nicht grundsätzlich niedrig sein. Durch die Mitversorgung der Kinder erhöht sich jedoch der Bedarf und das Einkommen kann dann unter Umständen nicht mehr ausreichen, um damit eine gesicherte Einkommensposition für die gesamte Familie zu erreichen.

2.2 Partnerwahl von Alleinerziehenden

Wiederverheiratungen oder re-partnering²³ sind kein völlig neues Forschungsfeld. Insbesondere in den USA gab es in den achtziger Jahren zusammen mit der steigenden Scheidungsrate einen regelrechten Forschungsboom (vgl. Spanier/Glick 1980; Zick 1988), der auf eine lange Tradition zurückblicken kann (vgl. Glick 1949; Bernard 1956). Geforscht wurde unter anderem zur Wiederheirat von Verwitweten (Brien et al. 2004; Smith et al. 1991; Zick 1988), zu Homogamie bei Folgeheiraten (Dean/Gurak 1978; Jacobs/Furstenberg 1986), dem Einfluss von sozialen Transfers (Brien et al. 2004; Baker et al. 2002) oder aus einer Lebensverlaufsperspektive (Uhlenberg/Chew 1986; Uhlenberg 1989). In Deutschland ist die Zahl der Studien dagegen äußerst überschaubar. Zudem steht – in Deutschland wie in den USA – die Partnerwahl von Alleinerziehenden selten im Zentrum der Aufmerksamkeit. Vielmehr werden Alleinerziehende vorwiegend indirekt über das Vorhandensein von Kindern auf die Wiederheiratschancen Geschiedener mitberücksichtigt. Da folglich kaum empirische Ergebnisse zur Partnerwahl von Alleinerziehenden vorliegen, wird im Folgenden zunächst ein Überblick über die Wiederheirats- bzw. Wiederverpartnerungsneigung im Allgemeinen gegeben, bevor näher auf die Partnerwahl von Alleinerziehenden eingegangen wird.

2.2.1 Partnerwahl

Die Wiederheiratsneigung ist durch zweierlei geprägt: erstens durch eine zunehmende Scheidungsrate und zweitens durch einen Rückgang der Erstheiratsnei-

23 Im Deutschen fehlt eine äquivalente Begrifflichkeit für das unverheiratete Zusammenleben in einer naheheulichen Partnerschaft. Wenn im Folgenden von Wiederheirat gesprochen wird, ist daher vereinfachend auch das unverheiratete Zusammenleben mit einem Partner gemeint.

gung. Die *erste Entwicklung*, die seit den sechziger Jahren zunehmende Scheidungsrate hat zu einem Anstieg der absoluten Zahl von Wiederverheiratungen geführt. So wird mittlerweile deutlich häufiger nach einer Scheidung als nach dem Tod des Partners erneut geheiratet. Dabei ging die Zahl der Wiederverheiratungen nach einem Höhepunkt um die Jahrtausendwende mit gut 150 000 Wiederverheiratungen in den Folgejahren wieder etwas zurück auf das Niveau der achtziger und neunziger Jahre. So gab es 2010 rund 136 000 wiederheiratende Paare (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2013; Engstler/Menning 2003; Grünheid 2011). Gleichzeitig sind Wiederverheiratungen kein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Laut Schätzungen waren im 16. bis 19. Jahrhundert 20 bis 30 Prozent aller Heiraten Folgeehen. Im Unterschied zu heute handelte es sich allerdings überwiegend um Heiraten nach Verwitwung (vgl. Peuckert 2005). Durch die *zweite Entwicklung*, die rückläufige Erstheiratsneigung, steigt der Anteil der Wiederverheiratungen an allen Heiraten und liegt seit der Jahrtausendwende bei knapp 40 Prozent. Zudem ist die Wiederheiratsneigung Geschiedener mittlerweile in allen Altersgruppen höher als die Erstheiratsneigung Lediger. Die Heiratserwartung geschiedener Frauen lag 2007 bei den 35- bis 45-Jährigen zwischen 48 und 63 Prozent. Die Heiratserwartung gleichaltriger lediger Frauen lag dagegen deutlich darunter, nämlich zwischen 15 und 36 Prozent (Dorbritz 2009). Im internationalen Vergleich von ähnlichem Ausmaß wie in Deutschland ist der Anteil wiederheiratender Paare in Großbritannien, Belgien oder Estland. Dagegen ist der Anteil in den katholisch geprägten Ländern Malta, Polen oder Irland sehr gering (Beier et al. 2010). Besonders häufig sind Folgeehen in den USA und Kanada, wo mindestens die Hälfte der Geschiedenen eine erneute Heirat eingeht (Kreider 2005; Wu/Schimmele 2005). Wenn einmal geheiratet wurde, wird also häufig eine zweite oder dritte Ehe gewagt. Cherlin (1981) nennt dies „sequential marital monogamy“.

Zu den wiederheiratenden Paaren addieren sich noch Geschiedene und Verwitwete, die nicht heiraten, aber erneut eine feste Partnerschaft mit gemeinsamer Haushaltsführung eingehen. Auf Basis des „Generations and Gender Survey“ kommt Jaschinski (2011) zu dem Ergebnis, dass innerhalb von 15 Jahren nach einer Scheidung rund zwei Fünftel der Frauen und Männer mit einem neuen Partner bzw. einer neuen Partnerin zusammengezogen sind. Verlässliche Angaben im zeitlichen Verlauf über die Zahl nach einer Ehe unverheiratet Zusammenlebender liegen nicht vor. Es kann jedoch vermutet werden, dass sich deren Häu-

figkeit gleichlaufend mit dem leichten Rückgang an Wiederverheiratungen und der erhöhten Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften erhöht hat (vgl. Grünheid 2011). An dieser Stelle soll darauf verzichtet werden, detailliert auf die vielfältigen Einflussfaktoren auf die Wiederheiratsneigung im Allgemeinen einzugehen. Stattdessen sei für eine Zusammenfassung sowohl empirischer Ergebnisse zum Einfluss von etwa Erwerbsstatus, Bildung, Alter und Religion als auch methodischer Ansätze internationaler Wiederheiratsstudien seit den achtziger Jahren auf die Überblicksarbeit von de Graaf/Kalmijn (2003) verwiesen.

Alleinerziehende wechseln tendenziell seltener in einen Paarhaushalt: Lediglich ein Viertel bis ein Drittel ändert die Lebensform, geht also Partnerschaften ein oder erfährt erneute Trennungen (vgl. BMAS 2011; Kortmann et al. 2002; Ott/Strohmeier 2003; Schneider 2003). Wenn eine neue Partnerschaft eingegangen wird, findet dies allerdings relativ schnell im Zeitraum von zwei bis fünf Jahren nach der Trennung statt (vgl. BMAS 2011; Ott et al. 2011; Fux 2011; Lankuttis/Blossfeld 2003). Dabei ist ein glockenförmiger Verlauf der Wiederheiratswahrscheinlichkeit zu beobachten: Im ersten Jahr der Trennung wechseln nur wenige Alleinerziehende in einen Paarhaushalt, in den Folgejahren steigt die Rate rasch an, erreicht ihr Maximum nach vier Jahren, um dann langsam wieder zu sinken und sich auf niedrigem Niveau einzupendeln (Klein 1990; Lankuttis/Blossfeld 2003). Im Ost-West-Vergleich findet der Wechsel in einen Paarhaushalt in den neuen Bundesländern schneller statt, ab dem dritten Jahr sind die Übergänge jedoch weitgehend identisch (Fux 2011). Der Trend in Frankreich ist ähnlich wie in Deutschland: Es gehen etwa 30 Prozent aller alleinerziehenden Mütter innerhalb von drei Jahren eine neue Partnerschaft ein, innerhalb von zehn Jahren sind es rund die Hälfte (Chardon/Vivas 2009). In der Schweiz ist der Übergang in einen Paarhaushalt dagegen eher selten, entsprechend sind nach vier Jahren rund 80 Prozent der Frauen weiterhin alleinerziehend (Budowski/Suter 2002). In den USA und auch Schweden findet der Wechsel wiederum etwas schneller als in Deutschland statt, ein Drittel der Kinder von Alleinerziehenden erfahren innerhalb von drei Jahren den Übergang in eine Stieffamilie, nach sechs Jahren sind es 40 Prozent (Morrison/Ritualo 2000; Turunen 2011). Zusammenfassend bedeutet dies, dass für die meisten Alleinerziehenden diese Lebensform relativ stabil ist und nicht durch den Übergang in einen Paarhaushalt beendet wird, sondern häufiger durch den Auszug oder das Erwachsenwerden der Kinder.

Grundsätzlich wünschen sich die meisten Alleinerziehenden eine Partnerschaft und zeigen eine starke Familienorientierung. Insgesamt würden 83 Prozent der Alleinerziehenden gern mit einem Partner zusammenleben (BMFSFJ 2009a: 29) und rund 30 Prozent der Alleinerziehenden leben in einer Partnerschaft mit getrennter Haushaltsführung (BMFSFJ 2012). Dabei nennen Alleinerziehende als Vorteile des Zusammenlebens mit einem Partner die geteilte Erziehungsverantwortung oder den Wunsch, den Kindern eine „vollständige“ Familie zu bieten (vgl. Klein 1990; Koo et al. 1984). Dies trifft besonders auf Frauen mit sehr kleinen oder mehreren Kindern zu, da hier der Betreuungsaufwand hoch und eine geeignete Kinderbetreuung schwer zu finden ist. Eine traditionelle Arbeitsteilung mit Vollberufstätigkeit des künftigen Partners und eigener Hausfrauenrolle wünschen sich allerdings nur 17 Prozent der Alleinerziehenden (BMFSFJ 2008a). Dies zeigen auch die qualitativen Interviews von Edin (2000) unter US-amerikanischen armen Alleinerziehenden. Die Frauen zeigen zwar eine hohe Wertschätzung der Ehe, vermeiden diese jedoch gleichzeitig, wenn der Partner nicht die in ihn gesetzten Erwartungen hinsichtlich Einkommen, Beschäftigung sowie Partnerschaftlichkeit erfüllt.

Die Partnerchancen von Alleinerziehenden unterscheiden sich in Abhängigkeit von der Anzahl und dem Alter ihrer Kinder. Allerdings sind die bisher vorliegenden empirischen Ergebnisse im Detail nicht eindeutig: Es finden sich sowohl negative als auch positive Effekte von Kindern auf die Partnerchancen von Alleinerziehenden. So stellen Lankuttis/Blossfeld (2003) sowie Klein (1990) übereinstimmend einen positiven Effekt von Kindern auf die Wiederheiratsneigung fest. Die Kinderzahl ist in diesem Fall also kein Hinderungsgrund für Alleinerziehende beim Übergang in einen Paarhaushalt, sondern sogar förderlich. Dagegen kommt Jaschinski (2011) zu dem Ergebnis, dass ab zwei Kindern die Übergangsrate geringer ist als bei nur einem Kind (vgl. auch Fux 2011; Ott et al. 2011). Der deutsche Forschungsstand ist jedoch äußerst begrenzt. Bunter werden die Ergebnisse mit Blick auf die USA und Großbritannien. Dort wird diskutiert, ob Kinder einen grundsätzlich negativen Einfluss haben (Becker et al. 1977; Chiswick/Lehrer 1990; Ermisch 2002; Jenkins et al. 1990), dieser erst ab einer bestimmten Anzahl an Kindern zum Tragen kommt (Koo et al. 1984; Spanier/Glick 1980; Teachman/Heckert 1985), Kinder überhaupt keinen (Hutchens 1979; Montalto Philips 1998; Morgan 1991; Mott/Moore 1982; Rank 1987; Turunen 2011) oder wiederum doch einen positiven Einfluss (Coleman 1989; Glick/Lin

1986) auf die Partnerchancen haben. Ebenfalls begrenzt und nicht eindeutig ist der Einfluss des Alters der Kinder. Kortmann et al. (2002) berichten mit Daten des Niedrigeinkommens-Panels (NIEP), dass vor allem Alleinerziehende mit Kindern im Vorschulalter in Paarhaushalte wechseln und Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren die geringste Wechselquote haben. Auch die Ergebnisse von Jaschinski (2011) deuten darauf hin, dass Frauen mit älteren Kindern ab zehn Jahren eine höhere Chance des Wechsels in einen Paarhaushalt haben als Frauen mit jüngeren Kindern. Ein analoges Ergebnis findet sich in Großbritannien und Australien (Hughes 2000; Skew et al. 2009) sowie Russland (Zabel 2012b). Umgekehrt zeigen Montalto Philips (1998) für die USA und Turunen (2011) für Schweden, dass Alleinerziehende mit jüngeren Kindern eher zu neigen, wieder mit einem Partner zusammenzuziehen. Zusammenfassend ist der Einfluss von Kindern auf die Wiederheirat von Alleinerziehenden damit äußerst unklar und sowohl abhängig von der Stichprobe, dem Zeitraum und der Region als auch von weiteren Kontrollfaktoren (z. B. Alter oder Einkommen).

2.2.2 Einflussfaktoren auf die Partnerwahl von Alleinerziehenden

Das folgende Unterkapitel stellt die wichtigsten Einflussfaktoren auf die Partnerwahl von Alleinerziehenden vor. Der Schwerpunkt liegt auf sozioökonomischen Einflüssen, die sich theoretisch mit der Familienökonomie von Becker (1993b) begründen lassen (vgl. Abschnitt 3.1) und zudem auch Einfluss auf die Erwerbsdynamiken von Alleinerziehenden haben (vgl. Abschnitt 2.3.3).

Die mit wichtigste soziale Schranke der Partnerwahl ist Bildung (vgl. Blossfeld/Timm 2003; Wirth 1996; 2000; Ziegler 1985). In fast zwei Dritteln aller ehelichen und nichtehelichen Partnerschaften haben die Partner einen gleichen oder ähnlichen Bildungsabschluss (Weinmann/Rübenach 2010). Bei Folgeehen liegt die Homogamierate sogar noch höher (Klein 1998). Bereits Max Weber (2006) hat entsprechend die Offenheit einer Gesellschaft am Grad der Bildungshomogamie festgemacht. Ebenfalls in ihrer Funktion als ökonomische Ressource hat Bildung Einfluss auf die Partnerwahl. Dabei scheinen Alleinerziehende mit geringem Bildungsniveau seltener und langsamer in einen Paarhaushalt zu wechseln als Alleinerziehende mit mittlerer und hoher Bildung, die sich wiederum nicht voneinander unterscheiden (Fux 2011). Dieses Ergebnis steht im Wider-

spruch zu der Wiederheirat von Frauen allgemein. Die Ergebnisse von Klein (1990) für geschiedene Frauen und von Rupp/Rost (1998) für ledige Mütter zeigen einen negativen Effekt höherer Bildung auf den Wechsel in einen Paarhaushalt. Höher gebildete Frauen scheinen demnach entweder freiwillig auf einen Partner zu verzichten oder bleiben unfreiwillig ohne Partner, wenn kein Partner mit mindestens gleichem Bildungsniveau gefunden wird. Ein analoges Ergebnis zeigt sich auch für Erstheiraten (Brüderl/Klein 1993; Diekmann 1993; Wirth 1996; 2000) sowie im internationalen Vergleich (Coleman et al. 2000; Dewilde/Uunk 2008; Lichter/Graefe 2001; Zabel 2012b).²⁴

Bildung als ökonomische Ressource hat nicht nur Einfluss auf die Partnerwahl, sondern auch auf die Arbeitsmarktchancen. Es scheint daher zunächst nicht verwunderlich, dass analog zu den widersprüchlichen Ergebnissen zum Einfluss von Bildung auch die vorliegenden Studien zum Einfluss des Erwerbsverhaltens nicht eindeutig sind:

- *Einerseits* kann gezeigt werden, dass erwerbstätige Alleinerziehende geringere Chancen bei der Partnerwahl haben (wobei erneut betont werden muss, dass die Datenlage äußerst begrenzt ist). So beobachten Rupp/Rost (1998) längere Alleinerziehendenphasen von vollzeiterwerbstätigen ledigen Müttern und schnellere Wechsel in einen Paarhaushalt, wenn keine oder nur geringe Berufserfahrung vorhanden sind. Einen analogen Effekt findet sich in der internationalen Literatur bereits ab einer Teilzeitbeschäftigung Alleinerziehender (Glick 1980) und geschiedener Frauen (Coleman et al. 2000; Meggiolaro/Ongaro 2008; Montalto Philips 1998).
- *Andererseits* zeigt eine aktuelle Studie von Ott et al. (2011), dass vor dem Alleinerziehen vollzeiterwerbstätige Frauen eher in einen Paarhaushalt wechseln als nichterwerbstätige oder teilzeitbeschäftigte Frauen. Auch im internationalen Vergleich bestätigt sich dies: So haben britische Allein-

24 Die geringere Wiederheiratsneigung höher gebildeter Frauen könnte ein Argument wider die These sein, dass sich die Heiratsneigung zwischen hoch- und geringqualifizierten Frauen grundsätzlich *nicht* unterscheiden würde, sondern sich durch den unterschiedlich langen Verbleib im Bildungssystem erklären lasse (vor allem von Blossfeld/Huinink 1991; Blossfeld et al. 1993; Blossfeld/Jaenichen 1990 wird diese Seite der kontroversen Diskussion vertreten). Im Falle einer Wiederheirat dürfte die Qualifikationsphase in den meisten Fällen bereits abgeschlossen sein und das Argument eines Aufschiebens der Ehe bis zum Abschluss der Ausbildung daher nicht mehr zum Tragen kommen, sondern nur noch die individuellen Chancen bzw. Präferenzen wirken.

erziehende, die eine Partnerschaft aufnehmen, eine höhere Erwerbsbeteiligung und ein breiteres Arbeitsangebot als dauerhaft Alleinerziehende (Jenkins et al. 1990; Paull 2007). Zudem findet sich kein negativer Einfluss langjähriger Erwerbserfahrung während und vor der Ehe auf die Partnerchancen (de Graaf/Kalmijn 2003; Jenkins et al. 1990; Sweeney 1997).

Zusammenfassend sind die Ergebnisse zum Zusammenhang von Erwerbsbeteiligung und Partnerchancen ambivalent. Ein Teil der Studien kommt zu dem Ergebnis, dass übereinstimmend mit dem negativen Einfluss von Bildung als erwerbsbezogenem Humankapital nichterwerbstätige Frauen bessere Chancen auf dem Partnermarkt haben. Auf der anderen Seite können insbesondere neuere Untersuchungen zeigen, dass Alleinerziehende mit stärkerer Arbeitsmarktnähe die besseren Chancen haben.

Ähnlich ambivalent wie im Fall von Erwerbsarbeit und Bildung sind die bisher vorliegenden empirischen Resultate zum Einfluss der Einkommenssituation auf die Partnerchancen von Alleinerziehenden. Die überwiegende Zahl der Studien kommt zu dem Ergebnis, dass der Übergang in einen Paarhaushalt weitgehend unbeeinflusst vom Einkommen ist. Dies gilt sowohl für das am Haushaltseinkommen gemessene Wohlstandsniveau (Böheim/Ermisch 1998; Dewilde/Uunk 2008) als auch für die Höhe des Erwerbseinkommens (Hannan et al. 1977; Montalto Philips 1998; Morgan 1991).²⁵ Auch die Haushaltsdynamiken von Alleinerziehenden sowie geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen, die soziale Transfers beziehen (Hannan et al. 1977; Hoffman/Duncan 1988; Mott/Moore 1982; Ott/Strohmeier 2003; Rank 1987) oder einkommensarm sind (Dewilde/Uunk 2008; Morgan 1991), unterscheiden sich nicht von Frauen, die nicht auf soziale Transfers angewiesen sind bzw. nicht armutsgefährdet sind. Weitere Studien finden wiederum einen negativen Einkommenseffekt auf die Partnerchancen (vgl. Dooley/Finnie 2008). So kommen Ott et al. (2011) zu dem zunächst in sich widersprüchlichen Resultat, dass Wechsel in Paarhaushalte sowohl bei hohem Haushaltseinkommen als auch beim Bezug von Grundsicherungsleistungen (also finanzieller Bedürftigkeit) seltener vorkommen. Erklären lässt sich dieses Phänomen dadurch, dass nicht die Höhe der Grundsicherungs-

25 Die Wiederheiratschancen von Männern steigen dagegen sowohl mit dem Umfang der Erwerbsbeteiligung als auch mit der Höhe des Haushalts- und Erwerbseinkommens an (Becker et al. 1977; Glick 1980; Glick/Lin 1987; Montalto Philips 1998).

leistungen entscheidend sind, sondern deren Bezug an sich, also sowohl die damit eventuell verbundene negative Stigmatisierung als auch der Wegfall der Leistungen bei Zusammenzug mit einem Partner oder das Vermeiden finanzieller Abhängigkeit vom neuen Partner (vgl. Diener/Feldhaus 2011). Auch spricht dieses Ergebnis für die vor allem in der angelsächsischen Literatur diskutierte These, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen grundsätzlich dafür verantwortlich seien, dass Mütter nicht heiraten und mit ihren Kindern in einer „unvollständigen“ Familie leben würden (vgl. Alm/Whittington 1999; Hoffman/Duncan 1988; Hoynes 1997; Hughes 2000). Schließlich findet Fux (2011) einen positiven Einkommenseffekt bzw. einen negativen Effekt von Armut, dem zufolge armutsgefährdete Alleinerziehende eine geringere Chance haben, mit einem Partner zusammenzuziehen.

Zusammenfassend sind die nationalen und internationalen Forschungsergebnisse zum Einfluss von Erwerbsarbeit, Bildung, (Erwerbs-)Einkommen und Armutsgefährdung auf die Partnerchancen von Alleinerziehenden äußerst ambivalent. Je nach Studiendesign, Methode und Operationalisierung finden sich unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Ergebnisse. Sowohl für die Erwerbsbeteiligung und das Bildungsniveau als auch für die Einkommens- und Armutssituation von Alleinerziehenden zeigen sich positive wie negative Einflüsse auf die Partnerchancen. Mit Brien et al. (2004: 609) lässt sich daher an dieser Stelle nur resümieren: „economics matters in marriage decisions.“

2.3 Erwerbsverhalten von Alleinerziehenden

Erwerbsarbeit ist für Alleinerziehende nicht nur eine wichtige ökonomische Grundlage. Die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist gleichzeitig eine zentrale Form der gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Anerkennung beruflicher und sozialer Kompetenzen. Über die Hälfte aller Alleinerziehenden sieht die eigene Erwerbsarbeit als Integrationsmoment in die Gesellschaft an und würde auch dann arbeiten, wenn sie das Geld nicht brauchen würde (BMFSFJ 2009a). Gleichzeitig stehen Mütter mit Beginn des Alleinerziehens vor veränderten Arbeitsmarktbedingungen. Einerseits wollen und müssen sie am Arbeitsmarkt partizipieren, um für sich und ihre Kinder selbstständig ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Andererseits haben sie mit der Trennung nicht nur die

alleinige Verantwortung für den Gelderwerb, sondern auch die überwiegend alleinige Verantwortung für die Kinderbetreuung und Kindererziehung. Diese doppelte Verantwortung stellt Alleinerziehende vor besondere Herausforderungen.

2.3.1 Arbeitsangebot von Alleinerziehenden

Die Mehrheit (61 %) der Alleinerziehenden mit Kindern bis 18 Jahren ist erwerbstätig (BMAS 2011: 18).²⁶ Damit besteht auf den ersten Blick kein Unterschied zur Erwerbsbeteiligung von Müttern in Paarhaushalten, die eine Erwerbsquote von 60 Prozent aufweisen. Erst bei genauerem Hinsehen fallen ein paar markante Unterschiede auf. So sind Alleinerziehende mit einem Anteil von 42 Prozent deutlich häufiger vollzeiterwerbstätig und seltener in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt als Mütter in Paarhaushalten mit einer Vollzeitquote von 27 Prozent (Statistisches Bundesamt 2010a: 19). Im zeitlichen Verlauf hat sich die Erwerbstätigenquote von Alleinerziehenden insgesamt erhöht, gleichzeitig ist jedoch der Anteil vollzeiterwerbstätiger Mütter (alleinerziehend wie in Paarfamilien) von 1997 bis 2009 um jeweils rund 20 Prozentpunkte deutlich zurückgegangen – dies in erster Linie zugunsten von Teilzeitbeschäftigung (Bundesagentur für Arbeit 2001; Statistisches Bundesamt 2010a).

Dieser Wandel hängt jedoch nur bedingt mit einer gestiegenen Präferenz für Teilzeitarbeit zusammen, stattdessen hat er strukturelle Gründe. So suchen arbeitslose Alleinerziehende zwar häufiger nach einer Teilzeitstelle als Arbeitslose insgesamt, die Mehrheit der Alleinerziehenden (65 %) würde aber lieber in Vollzeit als in Teilzeit arbeiten (Bundesagentur für Arbeit 2011: 12). Unter den erwerbstätigen Alleinerziehenden würden die meisten (57 %) eine sogenannte lange Teilzeit mit 20 bis 35 Wochenstunden vorziehen, länger arbeiten möchten 15 Prozent, kürzer oder gar nicht 28 Prozent (BMFSFJ 2008a: 45). Von den Alleinerziehenden in Teilzeit würden 20 Prozent gern in Vollzeit arbeiten (Statistisches Bundesamt 2010a). Als Gründe für die Nichtausdehnung der Ar-

26 Die Forschung zum Erwerbsverhalten ist sehr umfangreich. Daher erfolgt eine Beschränkung auf das Arbeitsangebot von Alleinerziehenden in Deutschland und nur bei Forschungslücken wird auf internationale Studien zurückgegriffen. Für einen internationalen Überblick vgl. Jaehrling et al. (2011).

beitszeit geben erwerbstätige Alleinerziehende zu zwei Dritteln an, dass dies betrieblich nicht möglich sei, ein gutes Viertel ist der Ansicht, dann zu wenig Zeit für die Kinder zu haben und ein Sechstel hat keine Betreuungsmöglichkeit für die Kinder (BMFSFJ 2008a: 45). Abgesehen vom zeitlichen Umfang der Beschäftigung bestehen zwischen Alleinerziehenden und Müttern in Paarhaushalten noch weitere relevante Unterschiede im Erwerbsverhalten. So sind Alleinerziehende mit 16 Prozent doppelt so häufig befristet beschäftigt wie Mütter in Paarhaushalten. Dabei hat sich der Anteil befristeter Verträge von Alleinerziehenden in den letzten Jahren erhöht, was auf eine schwierige Arbeitsmarktlage hindeutet (Jaehrling et al. 2011).

Damit geht einher, dass Alleinerziehende überproportional häufig arbeitslos sind. So belief sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2011: 15-23) die Zahl der arbeitslosen Alleinerziehenden im Jahr 2011 auf rund 280 000, darunter rund 90 Prozent im Rechtskreis des SGB II, also der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II). Zudem sind Alleinerziehende nicht nur häufiger arbeitslos, sondern im Durchschnitt auch länger als andere Arbeitslose. So beläuft sich die durchschnittliche Dauer bei Alleinerziehenden auf fast 50 Wochen, bei allen Arbeitslosen auf rund 40 Wochen. Der Anteil Langzeitarbeitsloser liegt unter Alleinerziehenden bei 43 Prozent, unter allen Arbeitslosen bei 35 Prozent. Des Weiteren beenden Alleinerziehende ihre Arbeitslosigkeit seltener (30 %) und mit 39 Wochen später durch die Aufnahme von Erwerbsarbeit als andere Arbeitslose (37 % nach 25 Wochen). Dafür scheiden Alleinerziehende häufiger (40 %) gänzlich aus dem Arbeitsmarkt aus (alle: 35 %).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass trotz ähnlicher Erwerbsquoten die Erwerbsneigung von Alleinerziehenden deutlich ausgeprägter ist als die von anderen Müttern. Zahlreiche quantitative wie qualitative Befragungen zeigen, dass Alleinerziehende eine ausgeprägte berufliche Motivation aufweisen. So geben fast 90 Prozent der alleinerziehenden Mütter an, dass ihnen die eigene Erwerbstätigkeit ziemlich bis sehr wichtig ist (BMFSFJ 2012), über die Hälfte der alleinerziehenden Mütter will im Beruf etwas erreichen (BMFSFJ/Familienforschung Baden-Württemberg 2008) und rund 80 Prozent sagen, dass sie häufig völlig in ihrer Erwerbsarbeit aufgehen – unter den Müttern in Paarhaushalten sind dies rund 60 Prozent (BMFSFJ 2011b). Nur ein Drittel der Alleinerziehenden würde gern weniger arbeiten und mehr Zeit der Familie widmen, von den Müttern in Paarhaushalten sind dies zwei Fünftel (BMFSFJ 2009a). Auch von

den nichterwerbstätigen Alleinerziehenden würden zwei Drittel gern arbeiten, von den Müttern in Paarhaushalten ist dies die Hälfte (BMFSFJ 2011b). Aktiv nach Arbeit sucht sowohl von den nichterwerbstätigen Alleinerziehenden insgesamt als auch von den Aufstockerinnen und Alleinerziehenden mit ALG-II-Bezug jeweils rund die Hälfte (vgl. BMFSFJ 2009a; Dietz et al. 2009; Knittel/Steidle 2011).

Zugleich stehen Alleinerziehende vor spezifischen Problemen, die grundsätzlich hohe Erwerbsneigung in ein positives Arbeitsangebot umzusetzen (vgl. Czock/Thünte 1993; Lietzmann 2010). Obwohl die Mehrheit der erwerbstätigen Alleinerziehenden ihren Beruf nur selten als Belastung empfindet, fühlen sich Alleinerziehende im Vergleich zu erwerbstätigen Frauen bzw. Müttern in Paarhaushalten durch ihre Berufstätigkeit häufiger zeitlich belastet (Pinhard/Schutter 2012): Für fast ein Drittel der erwerbstätigen oder in Ausbildung befindlichen Alleinerziehenden ist der zeitliche Aufwand zu hoch, für Mütter in Paarhaushalten trifft dies nur zu einem Fünftel zu. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fällt Alleinerziehenden, die für beide Bereiche die alleinige Verantwortung tragen, damit erwartungsgemäß schwerer. Konkrete Probleme, die Alleinerziehende nennen, betreffen die Kinderbetreuung (nicht vorhanden oder zeitlich zu enger Rahmen), die beruflichen Erwartungen der Berufskollegen und Vorgesetzten, gesellschaftliche Rollenerwartungen (Erfüllung der Mutterrolle) oder den mangelnden Einsatz der Väter bei der Betreuung der gemeinsamen Kinder.

2.3.2 Arbeitsangebot im Lebensverlauf von Alleinerziehenden

In Abschnitt 2.2.2 wurde gezeigt, wie das Erwerbsverhalten Einfluss auf die Partnerwahl von Alleinerziehenden nimmt. Die Fragestellung vorliegender Arbeit legt aber auch die umgekehrte Kausalrichtung nahe, und zwar im Sinne einer wechselseitigen Beeinflussung bzw. Interdependenz. Wichtig ist es also auch zu betrachten, wie die Haushaltsform und deren Dynamik Einfluss auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Alleinerziehenden nimmt. Wird dabei chronologisch vorgegangen, steht dabei an erster Stelle das Arbeitsangebot vor der Trennung vom Partner, dann die potenzielle Veränderung der Erwerbsbeteiligung im Zusammenhang mit der Trennung vom Partner bzw. mit dem Beginn des Alleinerziehens, dann die Erwerbsdynamik während des Alleinerziehens und schließlich die

Veränderung der Erwerbsbeteiligung mit dem Zusammenzug mit einem Partner bzw. mit Ende des Alleinerziehens.

Theoretisch umstritten ist bereits die Kausalrichtung vor Beginn des Alleinerziehens, das heißt der Zusammenhang von Erwerbsbeteiligung und Scheidungs- bzw. Trennungsrisiko. Auf der einen Seite des kontroversen Diskurses wird argumentiert, dass die steigende Frauenerwerbsbeteiligung zu steigenden Scheidungszahlen führen würde. Als Begründung wird zum einen die durch Erwerbsarbeit größere finanzielle Eigenständigkeit und Selbstständigkeit von Frauen genannt, zum anderen ein Selektionseffekt angeführt (vgl. Becker 1993b; Cherlin 1981; Poortman 2005). Auf der anderen Seite wird davon ausgegangen, dass nicht die Erwerbsbeteiligung von Frauen an sich zur Scheidung führen würde, sondern dass Frauen vielmehr in Antizipation des Scheidungsrisikos verstärkt erwerbstätig seien (vgl. Davis 1984; Diekmann 1994; Johnson/Skinner 1986): „Women could no longer be based solely in home-based production since the opportunity cost of doing so induces them to increase their labour supply“ (Mueller 2005: 789). In diesem Fall ist also nicht die Erwerbsbeteiligung der Trennungsgrund, sondern nur eine Art Schutzmechanismus vor den negativen Folgen der Trennung.

Vergleicht man den Erwerbsstatus von Müttern vor der Trennung oder Scheidung vom Partner mit dem Erwerbsstatus in den Jahren nach Beginn des Alleinerziehens wird deutlich, dass sich die Erwerbsdynamik mit Ausdehnung des Beobachtungszeitraums erheblich erhöht. So verändern im unmittelbaren Jahr nach der Trennung nur recht wenige Alleinerziehende die Form und den Umfang ihres Arbeitsangebots. Die Anpassung – gleich ob Ausdehnung oder Einschränkung des Arbeitsangebots – findet erst mit der Dauer des Alleinerziehens statt. Die beobachtbare Dynamik hängt somit vom gewählten Beobachtungszeitraum bzw. den Vergleichszeitpunkten ab.²⁷

So sind mit 42 Prozent im Jahr vor Beginn des Alleinerziehens wie im ersten Jahr des Alleinerziehens mit 45 Prozent die meisten Frauen nichterwerbstätig (vgl. Ott et al. 2011). In beiden Jahren vollzeiterwerbstätig sind 27 Prozent, teilzeiterwerbstätig sind 23 Prozent bzw. 20 Prozent, der Rest ist entweder gering-

27 Zudem hängt die beobachtbare Dynamik von der Kategorisierung ab. So fassen Ott et al. (2011) nichterwerbstätige und arbeitslose Frauen zusammen. Damit liegen Angaben zum Erwerbsstatus vor, nicht aber zum Arbeitsangebot im engeren Sinn. Auch kann umso weniger Dynamik beobachtet werden, je größer die Kategorien gewählt sind.

fällig beschäftigt oder in Ausbildung. Trotz dieser vermeintlichen Konstanz finden auf individueller Ebene durchaus Wechsel des Erwerbsstatus statt. Allerdings lässt sich auch hier nur relativ selten eine Ausdehnung der Erwerbsbeteiligung beobachten: Von den vormals Nichterwerbstätigen nehmen 15 Prozent eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung auf, von den Auszubildenden 24 Prozent und von den geringfügig Beschäftigten 39 Prozent. Vielmehr deutet die beobachtete Dynamik eher auf eine Einschränkung der Erwerbsbeteiligung hin: Rund ein Fünftel der vormals Erwerbstätigen gibt diesen Status im ersten Jahr des Alleinerziehens auf. Dabei fällt vor allem auf, dass von den vormals vollzeiterwerbstätigen Frauen mit dem Übergang in das Alleinerziehen zwar der Großteil (70 %) vollzeiterwerbstätig bleibt, wenn eine Veränderung der Arbeitsangebots eintritt, dann aber überwiegend (zu 74 %) in Form des Übergangs in die Nichterwerbstätigkeit. Für vormals Vollzeiterwerbstätige ist der Wechsel in Teilzeit demnach keine Option. Von den zuvor Teilzeitbeschäftigten wechseln mit Beginn des Alleinerziehens mit jeweils rund einem Sechstel etwa gleich viele Alleinerziehende in die Nichterwerbstätigkeit wie in eine Vollzeitbeschäftigung. Ein ähnliches Bild gilt für die vormals geringfügig Beschäftigten. Dies deutet insgesamt auf Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit mit Beginn des Alleinerziehens hin. So würde ein Zehntel der Alleinerziehenden gern mehr arbeiten, kann dies aber aus diversen Gründen nicht umsetzen (vgl. Andreß et al. 2003; Andreß/Bröckel 2007a). Des Weiteren bedeutet eine Arbeitsaufnahme oder die Ausdehnung der Arbeitszeit noch nicht, dass dies auch von Dauer ist. Eine nachhaltige Beschäftigungsaufnahme (nach Arbeitslosigkeit) wird üblicherweise ab einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten definiert, aber auch dies ist „ein recht bescheidener Maßstab als Kompromiss zwischen kurz- und langfristiger Erfolgsbetrachtung“ (Koller/Rudolph 2011: 3).

Eine im Vergleich zu diesen Ergebnissen stärker ausgeprägte Erwerbsdynamik und insbesondere verstärkte Erwerbsausdehnung finden Andreß/Bröckel (2007b) sowie Andreß et al. (2003). Die Autoren betrachten nicht das unmittelbare Jahr vor Beginn des Alleinerziehens, sondern setzen den Vergleichszeitpunkt bereits ein Jahr eher an. Dies erfolgt unter der Annahme, dass die Erwerbsdynamik in Antizipation der Trennung schon früher einsetzt. Von den untersuchten Frauen mit Kindern verändert rund die Hälfte ihre Erwerbsbeteiligung im Zuge der Trennung nicht, ein Drittel dehnt die Erwerbsbeteiligung aus, die übrigen Mütter schränken ihre Erwerbsbeteiligung ein. Dadurch erhöht sich

der Anteil der vollzeitbeschäftigten Mütter von 22 Prozent auf 31 Prozent, die Anteile der Teilzeit und geringfügig Beschäftigten gehen auf 22 Prozent bzw. 4 Prozent zurück und nichterwerbstätig sind nach der Trennung noch 28 Prozent (zuvor 33 %). Ein analoges Ergebnis zeigt auch die Untersuchung von Schwarze/Härpfer (2000). Die Autoren finden ebenfalls eine hohe Erwerbsdynamik im Zuge einer Trennung oder Scheidung, die sich vor allem in einem höheren Anteil Vollzeiterwerbstätiger und einem zurückgehenden Anteil Teilzeit- und Nichterwerbstätiger widerspiegelt. Weiter zeigt sich, dass die Ausdehnung der Beschäftigung vor allem aus Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung erfolgt, weniger aus Nichterwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit.²⁸

Für die verstärkte Erwerbsdynamik im weiteren Verlauf des Alleinerziehens sprechen zahlreiche Forschungsergebnisse. Wird statt des Erwerbsstatus im ersten Jahr des Alleinerziehens der Erwerbsstatus im letzten Jahr betrachtet, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit (vgl. Ott et al. 2011). Der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Alleinerziehenden erhöht sich auf 31 Prozent, teilzeiterwerbstätig sind nun 30 Prozent und nichterwerbstätig noch 32 Prozent. Auf der individuellen Ebene gibt es dabei vor allem einen Trend zur Teilzeitbeschäftigung. So ist von den vormals Vollzeitbeschäftigten nun ein Viertel teilzeitbeschäftigt, von den geringfügig Beschäftigten über die Hälfte und von den Nichterwerbstätigen ebenfalls fast ein Viertel. In eine Vollzeitbeschäftigung sind in erster Linie vormals sich in Ausbildung befindliche Alleinerziehende gewechselt. Die hohe Dynamik der Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden zeigt sich auch im Vergleich zu Müttern in Paarhaushalten. Unter anderem haben Alleinerziehende deutlich instabilere Erwerbsmuster (vgl. Drobníč 2000). Alleinerziehende nehmen nicht nur häufiger eine Beschäftigung auf, sondern wechseln auch häufiger in die Nichterwerbstätigkeit (vgl. Jaehrling et al. 2011). Analog kommt Vogel (2009) zu dem Ergebnis, dass geschiedene Frauen sowohl eine erhöhte Wahrscheinlichkeit haben, ihr Arbeitsangebot von einer Teilzeit- auf eine Voll-

28 Im Ländervergleich untersuchen die Erwerbsdynamik im Zusammenhang mit einer Trennung z. B. van Damme et al. (2009) und van Damme/Uunk (2009). Die Autoren stellen deutliche Unterschiede in Abhängigkeit von der Familienpolitik, der Ausgestaltung der Sozialtransfers sowie insbesondere der Förderung der Frauenerwerbsbeteiligung fest. So zeigen Studien für Großbritannien überproportional häufige Erwerbsausstiege zusammen mit der Scheidung und einen sehr langsamen Wiederanstieg des Arbeitsangebots (vgl. Jenkins 2008; Paull 2007). Konstante Erwerbsverläufe zeigen sich dagegen in Kanada (vgl. Mueller 2005). Eine deutliche Ausdehnung der Erwerbsbeteiligung findet sich wiederum in den USA (vgl. Duncan/Hoffman 1985; Gerner et al. 1990; Morgan 1991).

zeitbeschäftigung auszudehnen, als auch, ihr Arbeitsangebot von Vollzeit auf Teilzeit (wieder) einzuschränken.

Nicht nur der Beginn und der Verlauf des Alleinerziehens sind mit Erwerbsdynamiken verbunden, sondern auch das Ende und die Dauer des Alleinerziehens.²⁹ Dabei ist nicht überraschend, dass dauerhaft Alleinerziehende, die folglich längerfristig nicht auf das Einkommen eines neuen Partners zurückgreifen können, ihre Erwerbsbeteiligung stärker ausdehnen als Alleinerziehende, die schnell in einen Paarhaushalt wechseln (vgl. van Damme et al. 2009). Dies spiegelt sich auch im zunehmenden Anteil des Erwerbseinkommen am Haushaltseinkommen mit der Dauer des Alleinerziehens wider (Suter et al. 1996). Mit dem Wechsel in einen Paarhaushalt wird dagegen häufig der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit eingeschränkt oder sogar gänzlich aus dem Arbeitsmarkt ausgestiegen (vgl. van Damme et al. 2009). Dies gilt insbesondere dann, wenn der neue Partner einen hohen Verdienst hat, der für die gesamte Familie ausreicht, oder wenn die Alleinerziehenden eine starke Familienorientierung bzw. geringe Erwerbsneigung aufweisen. Allerdings lässt sich auch die umgekehrte Wirkungsrichtung beobachten: So dehnen Alleinerziehende, deren neuer Partner arbeitslos ist, ihre Erwerbsbeteiligung in verstärktem Maße aus. Dies hat zwar in erster Linie ökonomische Gründe, aber dadurch, dass der arbeitslose Partner die Kinderbetreuung übernehmen kann, besteht gleichzeitig mehr zeitlicher Spielraum für die eigene Erwerbsarbeit.³⁰

Peterson (1989) kommt zu dem Schluss, dass trotz häufiger Einschränkung der Erwerbsbeteiligung im Zuge der Wiederheirat die Erwerbsbeteiligung von (ehemals) Alleinerziehenden dennoch höher bleibt als von dauerhaft verheirate-

29 Die im Folgenden beschriebenen Muster für Alleinerziehende, die in Paarhaushalte wechseln, gelten weitestgehend auch für Alleinerziehende die bei den Eltern einziehen (van Damme et al. 2009).

30 Eine hohe Erwerbsdynamik mit dem Zusammenzug mit einem Partner, die sich insbesondere in einer Ausdehnung des Arbeitsangebots äußert, findet sich bei Paull (2007) und Bryson (1998) für britische Alleinerziehende. Sowohl vor als auch nach dem Zusammenzug zeigt sich ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung. Auch steigen die Stundenlöhne mit dem Wechsel in einen Paarhaushalt stärker. Die Autoren führen dies auf zwei Effekte zurück: Zum einen können Alleinerziehende durch die finanzielle Absicherung durch den neuen Partner intensiver nach besser bezahlten Arbeitsplätzen suchen und sind nicht auf das erst beste Stellenangebot angewiesen. Zum anderen wird unbeobachtete Heterogenität eine Rolle spielen, insofern Alleinerziehende mit höherer Erwerbskapazität auf dem Partnermarkt attraktiver sind und so eher in einen Paarhaushalt wechseln (vgl. Abschnitt 2.2.2).

ten Frauen. Dies weist darauf hin, dass „some remarried women wish to remain able to support themselves in the event of another divorce“ (Peterson 1989: 40).

2.3.3 Einflussfaktoren auf das Arbeitsangebot von Alleinerziehenden

Der Forschungsstand zum Einfluss von individuellen und strukturellen Faktoren auf das Arbeitsangebot und das Erwerbsverhalten ist immens (vgl. Abraham/Hinz 2008) und soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Die folgende Zusammenstellung orientiert sich an den in Abschnitt 3.3 theoretisch herausgearbeiteten Einflussfaktoren.

Übereinstimmend wird zur Wahrnehmung der Handlungsoption Arbeitsmarkt in soziologischen wie ökonomischen Theorien an erster Stelle die Bedeutung des beruflichen Humankapitals betont (vgl. Abschnitt 3.3.2). Je mehr arbeitsmarktbezogenes Humankapital vorhanden ist, desto eher können Alleinerziehende dieses auf dem Arbeitsmarkt einbringen und desto höher ist ihre Erwerbsbeteiligung (vgl. Büchel/Engelhardt 2003; Paull 2007; van Damme et al. 2009). Das arbeitsmarktbezogene Humankapital setzt sich zusammen aus (beruflichem) Bildungsniveau und Berufserfahrung. Bezüglich des Bildungsniveaus zeigt sich übereinstimmend ein klarer Zusammenhang: Die Erwerbsquote von Alleinerziehenden steigt mit deren Bildungsniveau (BMAS 2011; BMFSFJ 2012; Jaehrling et al. 2011) und fast die Hälfte der arbeitslosen Alleinerziehenden hat keine abgeschlossene Berufsausbildung (Bundesagentur für Arbeit 2011: 18), unter allen Alleinerziehenden ist dies nur ein Viertel (BMFSFJ/FamilienForschung Baden-Württemberg 2008: 15). Des Weiteren ist der Anteil dauerhaft nichterwerbstätiger Alleinerziehender unter den Frauen ohne Berufsausbildung höher (Ott et al. 2011). So verfügt fast die Hälfte der nichterwerbstätigen Alleinerziehenden, die keine Arbeit suchen, nur über einen geringen Bildungsabschluss oder fehlende Berufsausbildung, von den aktiv nach Arbeit suchenden ist dies nur ein Drittel (Statistisches Bundesamt 2010a). Gleichzeitig berichtet über ein Zehntel der nichterwerbstätigen Alleinerziehenden von Problemen bei der Arbeitssuche durch das Fehlen eines berufsqualifizierenden Abschlusses (BMFSFJ 2009a). Dementsprechend gelingt es Alleinerziehenden mit Hochschulabschluss häufiger, ihr Arbeitsangebot auszudehnen als jenen mit geringerer Bildung (Drobníć 2000; Gebauer 2007; Hancioglu/Hartmann 2012). Dabei führt eine

höhere Bildung bei Alleinerziehenden zu einer stärkeren Erwerbsbeteiligung als bei Müttern in Paarhaushalten, allerdings führt auch umgekehrt eine geringe formale Bildung zu einer stärkeren Einschränkung (vgl. Jaehrling et al. 2011).

Neben dem Bildungsniveau zählt zum beruflichen Humankapital auch die Länge der bisherigen Berufserfahrung. Mit jedem Jahr Berufserfahrung erhöht sich die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden um 3 bis 5 Prozentpunkte (BMFSFJ 2012: 51). Zudem haben Alleinerziehende mit langjähriger Berufserfahrung sowohl eine höhere Wahrscheinlichkeit, stärker am Arbeitsmarkt zu partizipieren (van Damme et al. 2009), als auch eine geringere Wahrscheinlichkeit ihr Arbeitsangebot einzuschränken (Drobníč 2000). Des Weiteren erhöht Berufserfahrung auch die Chancen von Alleinerziehenden auf einen Wiedereinstieg in den Beruf aus SGB-II-Bezug (Dietz et al. 2009). Dagegen beeinflusst mangelnde Berufserfahrung durch Berufsausstiege zugunsten von Kinderbetreuung oder Arbeitslosigkeit die Erwerbschancen und die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden negativ (Andreß et al. 2003; Montalto Philips 1998). Berufliche Bildung und Berufserfahrung haben nicht nur Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung, sondern auch auf die Höhe des Erwerbseinkommens bzw. auf den Lohnsatz. Die Höhe des Lohnsatzes sollte wiederum eigene Effekte auf das Arbeitsangebot haben (vgl. die theoretischen Ausführungen in Abschnitt 3.3.1). Forschungsergebnisse für Alleinerziehende sind begrenzt, Ergebnisse aus den USA deuten darauf hin, dass die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden mit dem Stundenlohn ansteigt (Montalto Philips 1998).

Nicht nur die Höhe des (potenziellen) Erwerbseinkommens beeinflusst das Arbeitsangebot von Alleinerziehenden, sondern auch die Höhe des Nichterwerbseinkommens in Form von staatlichen (z. B. ALG II) oder privaten (z. B. Unterhalt) Transfers. So kommen Büchel/Engelhardt (2003) zu dem Ergebnis, dass die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden mit der Höhe der finanziellen Transfers sinkt. Dabei vermindert speziell der Bezug von Grundsicherungsleistungen die Aufnahme von Erwerbstätigkeit und führt umgekehrt verstärkt zur Ausstiegen aus dem Erwerbsleben (Ott et al. 2011). Bezüglich Unterhaltszahlungen zeigt sich, dass Alleinerziehende häufiger nichterwerbstätig sind, wenn sie höhere und regelmäßige Unterhaltszahlungen erhalten und umgekehrt ihr Ar-

beitsangebot häufiger ausdehnen, wenn sie keine oder nur unregelmäßige Unterhaltszahlungen erhalten (Andreß et al. 2003).³¹

Neben diesen arbeitsmarktbezogenen Einflussfaktoren ist insbesondere der Einfluss von Kindern auf das Arbeitsangebot von Alleinerziehenden von Bedeutung. Dabei muss stets deren alleinige Verantwortung für Kinderbetreuung und -erziehung berücksichtigt werden, die ihnen im Vergleich zu Müttern in Paarhaushalten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders erschwert. Entscheidend sind dabei das Alter und die Anzahl der Kinder. So nehmen sowohl die Erwerbsquoten von Alleinerziehenden mit dem Alter des jüngsten Kindes (Ott et al. 2011) als auch die Intensität der Arbeitssuche (Lietzmann 2009) deutlich zu. Diese Entwicklung spiegelt zum einen den Betreuungsbedarf und zum anderen die strukturellen Möglichkeiten externer Kinderbetreuung. So nimmt die Erwerbsbeteiligung mit Erreichen des Kindergartenalters deutlich zu und erneut mit der Einschulung. Ist das jüngste Kind unter drei Jahre alt, ist nur ein Viertel der Alleinerziehenden erwerbstätig. In dieser Altersgruppe findet sich zudem der größte Anteil dauerhaft Nichterwerbstätiger mit einer gleichzeitig geringen Chance auf Beendigung dieser zugunsten einer Vollzeitbeschäftigung. Vielmehr schränken Alleinerziehende mit sehr jungen Kindern ihre Erwerbstätigkeit verstärkt ein. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass für Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren rechtlich keine Verpflichtung zu einem aktiven Arbeitsangebot besteht, und andererseits sich viele Alleinerziehende mit Kindern in dieser Altersgruppe in Mutterschutz oder Elternzeit befinden. Gleichwohl ist rund ein Viertel der Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren als arbeitssuchend oder arbeitslos registriert (vgl. Lietzmann 2009). Der Anteil erwerbstätiger Alleinerziehender steigt mit Kindern von drei bis fünf Jahren auf über die Hälfte an und erreicht sein Maximum mit einer Erwerbsquote von fast drei Viertel, wenn das jüngste Kind 15 Jahre und älter ist (BMAS 2011; Drobnič 2000; Ott et al. 2011). Auch die Vollzeitquote nimmt mit dem Alter des jüngsten Kindes zu und überwiegt gegenüber Teilzeit ab einem Alter von 15 Jahren (BMFSFJ 2009a). Ältere Kinder mindern zudem die Wahrscheinlichkeit, dass Alleinerzie-

31 Ein analoges Ergebnis findet sich für britische Alleinerziehende und deren Wahrscheinlichkeit, vollzeiterwerbstätig zu sein (Jenkins 1992).

hende ihre Vollzeiterwerbsbeteiligung zugunsten von Teilzeitarbeit oder Nichterwerbstätigkeit einschränken (Ott et al. 2011).³²

Im Gegensatz zum klar negativen Effekt von jüngeren Kindern und dem steigendem Arbeitsangebot mit dem Älterwerden der Kinder ist der Einfluss der Anzahl der Kinder weniger eindeutig und die Studienergebnisse sind zum Teil widersprüchlich. Einerseits sinkt, anders als bei Müttern in Paarhaushalten, die Erwerbsquote von Alleinerziehenden nicht mit steigender Kinderzahl (Büchel/Engelhardt 2003). Auch hat die Anzahl der Kinder keinen Einfluss auf die Ausdehnung der Erwerbsbeteiligung von Nichterwerbstätigkeit auf Teilzeit oder von Teilzeit auf Vollzeit. Andererseits wirkt sich eine hohe Kinderzahl negativ auf die Ausdehnung des Arbeitsangebots von Nichterwerbstätigkeit auf Vollzeitbeschäftigung aus und schränken Alleinerziehende mit steigender Kinderzahl ihr Arbeitsangebot verstärkt ein (Ott et al. 2011). Diese Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, dass Alleinerziehende einerseits in stärkerem Maße finanziell auf ihr Erwerbseinkommen angewiesen sind und unabhängig von ihrer Kinderzahl erwerbstätig sind. Ihnen aber andererseits bei hoher Kinderzahl Hürden im Weg stehen, die ihnen insbesondere die Erwerbsaufnahme aus Nichterwerbstätigkeit (oder Arbeitslosigkeit) erschweren oder sie dazu zwingen, ihr Arbeitsangebot einzuschränken.

Dazu gehören zum Beispiel Probleme mit der Verfügbarkeit oder dem zeitlichen Umfang öffentlicher Kinderbetreuung. Nach Analysen von Andreß et al. (2003) wird etwa ein Drittel der Alleinerziehenden durch fehlende Kinderbetreuungsplätze daran gehindert, ihre Erwerbsbeteiligung auszudehnen.³³ Entsprechend wirkt sich ein höherer Anteil an Ganztagesplätzen positiv auf die Ausübung einer Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern aus (Büchel/Spieß 2002). Laut Selbstauskunft von Alleinerziehenden suchen 60 bis 70 Prozent nicht aktiv nach Arbeit, weil sie keine Möglichkeit zur Kinderbetreuung sehen (vgl. Knittel/Steidle 2011; Statistisches Bundesamt 2010a). Auch in der Studie von Ott et al. (2011) findet sich ein positiver Effekt von Kinderbetreuung auf die Ausdehnung des Arbeitsangebots von Nichterwerbstätigkeit auf Vollzeit. Des Weiteren werden viele Alleinerziehende mit SGB-II-Bezug durch fehlende Kinderbetreu-

32 Der Zusammenhang von Erwerbsbeteiligung und Alter der Kinder findet sich übereinstimmend auch im internationalen Vergleich (vgl. van Damme et al. 2009).

33 Comparative Studien zeigen, dass in Ländern mit einer hohen Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden hoch ist und sie ihre Arbeitszeit selten einschränken (van Damme et al. 2009).

ungsmöglichkeiten daran gehindert, ihre Bedürftigkeit durch Erwerbsaufnahme zu überwinden (vgl. Dietz et al. 2009; Lietzmann 2011). Neuere Simulationsstudien gehen davon aus, dass ein flächendeckendes Betreuungsangebot rund 110 000 Alleinerziehenden die Aufnahme einer Beschäftigung ermöglichen würde (vgl. BMFSFJ et al. 2012). Davon würden insbesondere Alleinerziehende mit Kindern zwischen einem und drei Jahren profitieren. So erhöht sich deren Beschäftigungswahrscheinlichkeit durch die Inanspruchnahme einer Betreuungseinrichtung um 35 Prozentpunkte. Ab dem Kindergartenalter ist in stärkerem Maße die Verfügbarkeit von ganztägiger Kinderbetreuung relevant. Dabei zeigt sich, dass Ganztagesbetreuung im Kindergartenalter die Vollzeitbeschäftigung von Alleinerziehenden um 21 Prozentpunkte erhöht und auch im Schulkindalter bis zwölf Jahren die positiven Effekte weiter fortbestehen.

Gleichlaufend mit dem Alter des jüngsten Kindes im Haushalt nimmt die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden mit deren eigenem Alter zu, die Wahrscheinlichkeit einer Ausdehnung der Erwerbsbeteiligung allerdings mit dem Alter ab (vgl. Andreß/Krüger 2006; Drobnič 2000). Dies führt insgesamt dazu, dass sich die höchste Erwerbsbeteiligung im Alter von 45 bis 55 Jahren mit über 80 Prozent findet und danach die Quote wieder etwas zurückgeht (Bundesagentur für Arbeit 2011: 11). Wie zu erwarten mit 35 Prozent sehr gering ist die Erwerbsbeteiligung von jungen Alleinerziehenden bis 25 Jahren. Unter den jungen Alleinerziehenden findet sich zudem der größte Anteil dauerhaft Nichterwerbstätiger (Ott et al. 2011). Dies dürfte vor allem mit dem Alter der Kinder korrelieren, insofern jüngere Alleinerziehende auch jüngere Kinder haben und dadurch verstärkt Betreuungspflichten unterliegen.

Auch der Gesundheitszustand hat Einfluss auf das Arbeitsangebot von Alleinerziehenden. Erwartungsgemäß zeigen nationale wie internationale Studien, dass die Erwerbsbeteiligung bei schlechter Gesundheit (physisch wie psychisch) geringer ist (vgl. Büchel/Engelhardt 2003; Haux 2007; Jayakody/Stauffer 2000; van Damme et al. 2009). Entsprechend schränken Alleinerziehende mit gutem Gesundheitszustand ihre Erwerbsbeteiligung seltener ein als Alleinerziehende mit gesundheitlichen Problemen (Ott et al. 2011). Zudem nennt rund ein Viertel der nichterwerbstätigen Alleinerziehenden, die keine Arbeit suchen, als Grund gesundheitliche Probleme (Knittel/Steidle 2011).

Wege aus der Armut für Alleinerziehende
Eine Analyse der Partner- und Arbeitsmarktchancen
Kraus, T.
2014, XIV, 260 S. 3 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-05934-7